

Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.

Abonnementspreis 1,00 Mark pro Quartal exkl. Bestellgeld. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten, sowie die Expedition, Berlin S. 59, Urbanstr. 63 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate

pro viergesaltene Zeile 60 Pf.; für Verbandsmitglieder 40 Pf.; Stellenangebote 40 Pf.; Verlautungsausgaben je 20 Pf. Privatangelegenheiten ist der Betrag beizufügen.

Nr. 46.

Berlin, den 9. November 1912.

28. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. In den gewerkschaftlichen Unterrichtskursen der Generalkommission, die in der Zeit vom 13. Januar bis 22. Februar bzw. vom 27. März bis 7. Mai 1913 in Berlin stattfinden, haben wir je drei Plätze belegt und denken neben einigen Angestellten des Verbandes auch einigen nichtangestellten Mitgliedern Gelegenheit zum Besuch der Unterrichtskurse zu geben. Die Kosten des Unterrichts, der Reise und des Aufenthalts in Berlin werden von der Generalkommission und von der Verbandskasse getragen. Verheirateten Teilnehmern wird auch Ersatz des entgangenen Arbeitsverdienstes oder Entschädigung zum Unterhalt der Familie gewährt.

Für die Teilnahme an dem Unterrichtskursus würden natürlich in erster Linie solche Verbandsmitglieder in Betracht kommen, die bisher schon für den Verband tätig waren und die uns Gewähr dafür bieten, daß sie auch fernerhin für den Verband wirken und die erworbenen Kenntnisse im Interesse der Organisation verwenden werden. Zusage für eine Anstellung durch die Organisation kann den Kursteilnehmern aber nicht gemacht werden.

Wir ersuchen diejenigen Mitglieder des Verbandes, deren Verhältnisse es gestatten und die den Unterrichtskursus besuchen möchten, selbstgeschriebene Bewerbungen, in denen Angaben über die Dauer der Mitgliedschaft, über die bisherige Tätigkeit für die Organisation und über die persönlichen Verhältnisse des Betreffenden zu machen sind, bis zum 20. November an uns gelangen zu lassen und dabei auch anzugeben, ob es ihnen gleich ist, zu welchem Kursus sie eventuell zugelassen werden oder welcher ihnen am passendsten gelegen wäre.

2. Die Fragebogen für die diesjährige Tarifstatistik sind in diesen Tagen an alle diejenigen Gewerkschafts- und Ortsverbände versandt worden, in deren Tätigkeitsbezirk tarifliche Vereinbarungen bestehen. Sollte dabei irgendeine Verwaltung übersehen sein, so ersuchen wir um Mitteilung, damit diesen die Fragebogen nachgeliefert werden können. Die ausgefüllten Fragebogen sind spätestens bis zum 15. Dezember d. J. an uns einzusenden.

3. Entgegen den Bestimmungen der §§ 50 und 52 im Statut haben nachbenannte Gewerkschaften und Zahlstellen eine Abrechnung für das dritte Quartal noch nicht an die Verbandskasse eingesandt: Brandenburg, Bromberg, Görlik, Josen, Halberstadt, Herford, Hildesheim, Minden, Gau 9, Apolda, Arnstadt, Gotha, Mühlh., Stößen, Bonn, Koblenz, Mühlheim-Oberhausen, Falkenstein, Grimma, Sebnitz, Heidelberg, Wöppingen, Schweinfurt und Kaufbeuren.

4. Das Mitglied Hugo Börner aus Wiesa wird ersucht, uns sein Mitgliedsbuch Nr. 86 605 zur Kontrolle einzusenden. Die örtlichen Funktionäre bitten wir, gegebenenfalls Börner auf

unser Ersuchen hinzuweisen und auf dessen Erfüllung zu achten.

5. Nachstehend aufgeführte Mitgliedskarten bzw. -bücher sind den Inhabern abhanden gekommen. Dieselben werden deshalb für ungültig erklärt und sind bei eventuellem Vorzeigen anzuhalten und an uns einzusenden:

Nr.	6 294	ausgestellt für	Georg Hofmann.
"	6 445	"	" Oskar Borchert.
"	12 053	"	" Paul Pfeiffer.
"	18 462	"	" Ernst Rehnemann.
"	21 784	"	" Hugo Klein.
"	34 892	"	" Franz Haag.
"	49 011	"	" Otto Maag.
"	54 618	"	" Ernst Schuh.
"	79 559	"	" Peter Heß.
"	85 263	"	" Marie-Luzemburger.
"	94 826	"	" Artur Helbig.
"	101 248	"	" Frida Prinz.
"	102 139	"	" Karl Blendowsky.
"	107 848	"	" Adelsheid Pilatshof.
"	109 833	"	" Therese Kutz.
"	115 381	"	" Irma Bestholz.
"	116 472	"	" Elke Fuß.
"	116 576	"	" Georg Schenk.

Der Verbandsvorstand.

Der Zweck der Arbeit.

„Der Zweck der Arbeit soll das Gemeinwohl sein!“ Dieser Wahlspruch Alfred Krupps' Rang in der jüngst gehaltenen kaiserlichen Festrede anlässlich der Kruppfeier in Essen*) als Leitmotiv ganz besonders hervor. Man bejubelte dieses Wort aus „höchstem Munde“ und war entzückt darüber. Galt es doch eines Mannes zu geben, der ein solches Riesenergebnis aus eigener Kraft geschaffen haben soll nebst allen seinen „Wohlfahrts-Einrichtungen für die Arbeiter“, wie es das Kruppische darstellt.

Die ganze bürgerliche Presse feierte Krupp und Wilhelm II. aufs neue als eifrige Förderer der Sozialpolitik, sich dabei förmlich bezaubernd an diesen Worten von der Ungeignetheit des Kapitals.

Aber inmitten des Ueberflusses der Gefühle, inmitten der Festfreude und größten Begeisterung ertönte ein derartiger schriller Witzton, daß alle Welt erschauerte. Weit über 100 Vergleiche waren nicht weit von Essen als Opfer ihres Berufes und der kapitalistischen Produktion dahingerafft worden. Ein jünger Schreck durchführte die gesamte Arbeiterwelt, denn „das Armeekorps der Rohle“ hatte einen Schlag auf dem Schlachtfeld der Arbeit erhalten, einen Schlag, der die Wichtigkeit derartiger Wahlsprüche klar zutage treten ließ. Hunderte von Menschen hatten mit einem Male ihren Ernährer, ihre einzige Stütze im Alter verloren. — Aber der Zweck der Arbeit soll das Gemeinwohl sein.

Von jeher hatte man das arbeitende Volk mit allgemeinen Nebenarten gefüttert, um ihm den Nutzen der Anhäufung des Kapitals klar zu machen. Aber immer wieder mußte es die Haltlosigkeit derartiger Worte erkennen. Es mußte sehen,

*) Infolge des außerordentlichen Stoffandranges in der letzten Zeit mußte dieser Artikel, der uns kurz nach dem bekannten Jubiläum der Firma Krupp jugend, immer wieder zurückgestellt werden. D. Red.

wie groß das Risiko ist, das der einzelne für geringe Entlohnung seiner Arbeit in die Wagschale werfen muß, um seine und seiner Familie Existenz zu erzwingen. Denn gerade das heutige Unternehmertum ist es, das sich gegen jede Maßnahme der Sozialpolitik mit Macht stemmt, dem das Leben und die Gesundheit des Arbeiters nichts gilt; weiß es doch, daß auf seinen Ruf hundert andere bereit sind, die Stelle des einen einzunehmen, um sich die Gefahren des Berufes auszubürden. Dem Unternehmertum selbst gelten darum derartige Worte nichts. Es weiß ganz genau, daß die heutigen Produktionsmethoden diesen philanthropischen Worten zuwiderlaufen, und darum denkt es auch nicht im entferntesten daran, sich an diese Worte zu halten. Selbst die Kruppischen Wohlfahrts-Einrichtungen haben sich der Arbeiterschaft nur zu oft als Mittel zum Zweck zeigen müssen, zu dem Zweck nämlich, die Arbeiter zu abhängigen Lohnslaven zu pressen, sie der Willkür und der beliebigen Ausbeutung preiszugeben.

Eigene Interessen sind es also, die den Zweck der Arbeit des Unternehmers bilden. Eigene Interessen sind es, die das Unternehmertum sich organisieren läßt, um die Unterdrückung der Arbeiterorganisationen herbeizuführen. Die sich immer wiederholenden Ausperrungen beweisen die Gemeingefährlichkeit dieser Bestrebungen. Am schlimmsten dabei treibt es die Großindustrie unter Führung der Hauptcharfmacher Tille, Reisdorf, Tändler und Konforten. Der Machtstiel dieser Leute hindert direkt Gewerbe und Industrie an der freien Entfaltung ihrer Kräfte, er schädigt den Nationalwohlstand und damit das Gemeinwohl. Sie sind es, die allen Bestrebungen auf Gemeinwohl entgegengetreten und nur ein Gemeinwohl der Zinstitute, der Unternehmer anerkennen zum Schaden der Allgemeinheit des Volkes.

Das Herabsinken der Lohnarbeiter zum Sklaven des Unternehmertums muß aber unter allen Umständen verhindert werden. Das Gemeinwohl muß der Zweck aller Arbeit werden. Diesen Grundsatz haben sich die Arbeiterorganisationen zum Ziel gesetzt. Mit allen Mitteln trachten sie danach, die Befreiung der Arbeiterklasse vom Joch des Kapitalismus zu bewirken. Der Kampf der Arbeiterschaft um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ist deshalb ein bedeutend schärferer geworden als früher. Stehen sich doch jetzt die beiden Machtfaktoren, Kapital und Arbeit, als geschlossene Massen gegenüber. Immer größere Massen werden und müssen ins Treffen geführt werden, um dieses zu einem erfolgreicheren zu gestalten. Dies erfordert natürlich auch größere finanzielle Opfer und freiwillige Unterordnung unter die Bestimmungen der Organisationen. Die einzuschlagende Taktik kann nicht und darf nicht von der Allgemeinheit bestimmt werden; sie muß dem freien Ermessen der mit der Führung betrauten Personen anheimgegeben werden, die nach reiflicher Erwägung der Kampfsmittel und Abschätzung der Verhältnisse die Lage am besten zu beurteilen imstande sind.

Da es sich aber bei diesen Kämpfen um ein unerwünschtes Ringen zweier gleichwertiger Gegner handelt, können wir nur im Vorteil sein, wenn jeder einzelne seine ganze Kraft und sein Wissen einsetzt. Da gilt es denn alles aufzuwenden, um eine Niederlage zu verhindern; denn selbst mit größten finanziellen Mitteln allein ist nichts zu er-

reichen, wenn der Masse die zum Kampfe nötige Schulung fehlt. Die Aufklärungsarbeit ist und bleibt darum das beste Bildungsmittel zur Kampfsfähigkeit. Nicht umsonst werden Versammlungen veranstaltet, um die Arbeiter zum Klassenbewußtsein zu erziehen. Daran aber soll sich jeder beteiligen, um durch Besprechung des Themas mit noch fernstehenden agitatorisch für den Verband arbeiten zu können. Gerade die Kleinarbeit ist es ja, an der es noch vielfach mangelt; die Kleinarbeit, die erst den Kern zur großen Sache gibt. Und darum sollte es sich jeder zur Ehre anrechnen, mitzuhelfen, mitwirken zu dürfen.

Haben wir aber eine gutgeschulte, wohldisziplinierte Klasse hinter uns, dann muß es uns auch ein leichtes sein, den Kampf mit dem Kapital zu einem erfolgreichen zu gestalten. Der Kapitalismus, das gesamte Unternehmertum muß gezwungen werden, dem Drängen der Arbeiterschaft auf Verbesserung der wirtschaftlichen Lage Gehör zu schenken. Es muß sich dazu verstehen, Maßnahmen zum Schutze des Lebens und der Gesundheit des Arbeiters zu ergreifen, um derartige katastrophale Ereignisse, wie sie auf Zeebe Lotbrünnen in Erscheinung traten, um auch der Proletarierkrankheit selbst, die in jedem Verufe ungeheure Verheerungen anrichtet, die Spitze bieten zu können. Es gilt aber auch, dem Unternehmertum bereitwillig zu machen, daß der Arbeiter ein Recht auf gerechtere Verteilung am Produktionsertrage hat, denn nur mit dieser und dem größtmöglichen Schutze des Lebens und der Gesundheit ist eine durchgreifende Beseitigung sozialer Schäden zu erwarten.

Dies zu erreichen, ist der Zweck unserer Arbeit, der Zweck der Organisation, und dazu muß jeder auf die Verbesserung seiner Lage trachtende Arbeiter die Hand bieten. Haben wir aber durch unsere Mitarbeit die wirtschaftliche Macht errungen, dann ist der Zweck unserer Arbeit das Gesamtwohl gewesen, für das wir gekämpft haben, um es allen teilhaftig werden zu lassen; im Gegensatz zu dem Bestreben der Unternehmer, die es nur für ihre eigene Klasse, der Klasse weniger Bevorrechteter, beanspruchen und damit diesen Wahlpruch zur Phrase stempeln.

G. B.

Aus unserem Beruf.

Eine Museumsbuchbinderei in Leipzig?

Die Krämerseelen in unserem Beruf erhalten jetzt wieder einmal Gelegenheit, ihre weisen Säupter zusammenzusetzen, um gegen eine in Leipzig geplante Neueröffnung zu frondieren, die von jedem fortschrittlichen Geiste recht willkommen geheißen werden dürfte. Es handelt sich dabei um eine Museumsbuchbinderei, die als Musterbetrieb gedacht ist und die zunächst für den Bedarf der Bibliothek im neuen Leipziger Kunstgewerbemuseum (allem Anschein nach ist hiermit die allgemeine Bibliothek

gemeint, über deren Gründung wir in Nr. 42 an dieser Stelle berichteten) arbeiten soll. Später soll dann versucht werden, auch Arbeiten für andere kgl. Bibliotheken in Sachsen anzufertigen, während Arbeiten für den privaten Bedarf von Anfang an ausgeschlossen sein sollen. Das Kleinrautertum, dem neuzeitliche Erträge nungen schier unfaßbare Dinge sind, verjucht jetzt schon, gegen diese in Aussicht genommene Musterbuchbinderei Sturm zu laufen. In einem sogenannten Fachblatt („Allg. Anzeiger für Buchbindereien“, Stuttgart) ergeht bereits eine Aufforderung in diesem Sinne. Es wird da geschrieben: „Unser Fachkreise und insbesondere diejenigen in Leipzig, die überhaupt im Königreich Sachsen, so weit solche, zu Bibliotheken bisher Beziehung haben, werden über die Errichtung einer solchen umfangreichen Bibliotheksbuchbinderei nicht sonderlich erbaut sein, handelt es sich doch für diese um eine Konkurrenz, gegen die, wenn sie einmal im Anzuge ist, nicht aufzukommen ist und durch welche der privaten Buchbindereibetriebe innerhalb des Königreichs Sachsen die Bibliotheksarbeiten nach und nach vollständig entzogen werden dürften. Es wird daher die Frage aufzuwerfen sein, ob es nicht noch Zeit ist, daß die beteiligten Fachkreise ihr Veto gegen die Errichtung einer solchen amtlichen Bibliotheksbuchbinderei einlegen. In diesem Falle dürfte aber nach Lage der Sache keine weitere Zeit mehr zu verlieren sein, wenn auf Vermeidung diesbezüglicher Wünsche gerechnet werden will.“ In dieser wörtlich wiedergegebenen Aufforderung kommt die ganze, jedem Fortschritt absohle Müßiggängigkeit, wie sie vornehmlich in den Zünften gepflegt wird, zum Ausdruck. Und dabei droht dem Handwerk zunächst keinerlei Gefahr, denn es sollen ja vorerst nur die Arbeiten der erst noch zu errichtenden Bibliothek ausgeführt werden, also Arbeiten, die heute noch nicht vorhanden sind und die darum auch niemandem entzogen werden können. „Ehe diese amtliche Buchbinderei dazu kommen wird, auch Arbeiten für andere Bibliotheken auszuführen, können — falls es wirklich dazu kommen sollte — noch Jahre vergehen. Aber selbst, wenn das geschähe, vermögen wir dieser Erscheinung keine Kränze nachzuwerfen. Es dürfte ganz gewiß auch unseren Kollegen nicht ganz gleichgültig sein, ob sie ihre Arbeitskraft dem ausgeprägten privaten Kapital in langen Arbeitszeiten und gegen unzureichende Entlohnung und in nicht immer einwandfreien Arbeitsstätten opfern oder ob sie in einer Musteranstalt arbeiten, in der die Arbeitszeit auf ein vernünftiges Maß festgesetzt ist und die Entlohnung eine einigermaßen menschliche ist. Worauf wir als Arbeiter zu sehen haben, das ist eben das letztere, und wenn die neue Bibliotheksbuchbinderei tatsächlich eine Musteranstalt werden sollte, dann wird auch dieser Seite des Betriebes durch die Leitung die notwendige Aufmerksamkeit geschenkt werden müssen. Wir haben also gar keine Ursache, uns an der geplanten Sache gegen eine von fortschrittlichem Geiste besetzte Einrichtung zu betteilen, sondern müssen diese — getreu unserm Standpunkt, daß staatliche Arbeiten in staatlichen und vorbildlichen Werkstätten und unter vorbildlichen Arbeitsbedingungen ausgeführt werden sollen — als unangebracht entschieden zurückweisen. Aber sollte

darin nicht gerade der Grund zu der geplanten Sache liegen, daß man an dieser geplanten Musterwerkstätte die vorbildlichen Einrichtungen und die hoffentlich auch vorbildlichen Arbeitsverhältnisse fürchtet, mehr fürchtet, als wie vielleicht die erst in weiter Ferne drohende Gefahr des Arbeitsentzuges aus anderen Bibliotheken?

„Gehilfen-Einstandsfeiern“.

Recht ible Folgen mußten einige Teilnehmer an einer sogenannten Einstandsfeier in Leipzig verspüren. Zur allgemeinen Warnung lassen wir den Bericht hierüber folgen, den die „Leipziger Volkszeitung“ vom 29. Oktober brachte:

In die Nase gebissen. Mit bösslichen Verbeugungen nahm der 24 Jahre alte Preßburger Max Paul Solworta auf der Anlagebank Platz. Er hat sich am 4. Mai bei Gelegenheit eines Gehilfeninstandes im Restaurant Gutenberg in der Johannisstraße aber viel weniger manierlich aufgeführt. Zwar, wenn man der Erzählung des Angeklagten Glauben schenken wollte, so wäre er die verfolgte Unschuld gewesen, während die andern ringsum ihn geradezu malträtieren hätten. Die Gehilfen eines Betriebes, die in dem genannten Restaurant eine Einstandsfeier begingen, hätten ihn nicht fortlassen wollen, hätten seinen Hut und seine Fahrradlaternen verpfändet. Man hätte die zwei Königskinder gefangen und einen Mundgefang angehängt. Als er nicht mehr mitmachen wollte, sei der Eisensarbeiter L. an ihn herangetreten und habe ihn angegriffen: „Säufft Du noch was? Sonst mach, daß Du hinauskommst.“ L. habe ihn dann vor die Brust gestoßen, so daß er hingefallen sei. Zehn bis zwanzig Mann seien nun über ihn hergefallen und hätten an ihm herumgezerrt. Daß er L. in die Nase gebissen habe, davon wisse er nichts, das könne auch gar nicht möglich sein, denn dazu sei er viel zu klein. Die Zeugen erzählten aber die Sache ganz anders. Danach hatten sich der Angeklagte und ein anderer Preßburger ganz unbenutzen in die geschlossene Gesellschaft gemischt und sind auch trotz mehrfacher Aufforderungen nicht weggegangen. Endlich riß den Einstandsfeiernden der Geduldsfaden und sie erklärten den Störenfried, die ihnen als solche auch schon bekannt waren, es gäbe kein Freibier mehr. Darauf habe der Angeklagte den Eisensarbeiter L. vor die Brust gestoßen, die Arme um seinen Hals gefaßt und ihn in die Nase gebissen. Auch habe er sich später gerührt, dem L. ordentlich eins ausgewischt zu haben. L. mußte sich zur Klippe begeben; er ist 11 Tage arbeitsunfähig gewesen. Durch den Biß hat seine Nase einen dauernden Schönheitsfehler erlitten. Solworta wurde wegen des Nasenbisses zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Da er den L. einen Lumpensohn genannt hat, muß er noch 10 M. Geldstrafe extra bezahlen.

Wir wollen mit unserer Meinung hierzu nicht zurückhalten, die dahin geht, daß man solche Einstandsfeiern als groben Anflug bezeichnen muß, der in der Regel eines organisierten Arbeiters unwürdig ist. In vielen, wenn nicht den meisten Fällen handelt es sich dabei um eine solenne Sauferei, die zum Teil auf Kosten des jungen Berufs-genossen geht, der seinen Lehrzeit vollendet hat und nun „nach alter Tradition“ seinen Kollegen

Ludwig Uhland.

Zur fünfzigsten Wiederkehr seines Sterbetages.

Am 13. November 1912 sind 50 Jahre verflossen seit dem Tage, an dem Ludwig Uhland seine Augen zur letzten Ruhe schloß. Mit ihm schied ein Mann aus dem Leben, der sich durch die Lauterkeit und Geradsicht seines Charakters, durch das mutvolle Eintreten für seine Ueberzeugung, durch sein hülles, ernstes und bescheidenes Wirken im Dienste des Volkes und vor allen Dingen durch die kernige Kraft seiner Dichterpersönlichkeit einen Ehrenplatz im Herzen des Volkes erworben hat.

Ludwig Uhland wurde am 25. April 1787 als dritter Sohn des Universitätssekretärs Johann Friedrich Uhland in Tübingen geboren. Trotz der politisch außerordentlich bewegten Zeit gegen Ende des 18. und am Anfang des 19. Jahrhunderts verlebte er eine ruhige, glückliche und arbeitsame Jugend. Schon als Fünfzehnjähriger konnte er die Universität beziehen, wo er entgegen seinen eigenen der Philologie zugeneigten Wünschen die Rechtswissenschaften studieren sollte. Trotz seiner inneren Abneigung widmete er sich fleißig dem aufgezungenen Studium und schon im Jahre 1810 erwarb er sich den Doktorhut. Seine juristischen Studien sollten ihm später in seinem Wirken für die Rechte des Volkes gute Dienste leisten.

Neben dem juristischen betrieb er aber fleißig das Studium der mittelalterlichen Literatur. Und die innige Beschäftigung mit der deutschen und französischen Poesie löste schon frühzeitig die Lust am eigenen dichterischen Schaffen in ihm aus. Die in seiner Universitätszeit verfaßten und veröffentlichten

lichten Gedichte zeigen ihn allerdings noch ganz im Banne der damals herrschenden verkommenen Romantik, aus dem er sich aber im Laufe seiner gefunden und kräftigen dichterischen Weiterentwicklung immer mehr befreite, um der kernig-vollstimmliche, von tatbereiter Vaterlands- und Freiheitsliebe durchglühete Dichter zu werden, der aus seinen späteren Werken spricht.

Zur Vervollständigung seiner juristischen Kenntnisse, besonders zum Studium des „Code Napoleon“ reiste der junge Doktor juris im Jahre 1810 auf mehrere Monate nach Paris. Dort studierte er aber die französischen und mitteldeutschen Manuskripte der Pariser Bibliothek viel eifriger als das trockene napoleonische Recht. Die bahnbrechende literar-historische Studie „Das alfranzösische Epos“, die in Paris vollendet wurde und 1812 erschien, war das bemerkenswerte Ergebnis seines Pariser Aufenthalts. Nach der Rückkehr von seiner französischen Reise trat er in den württembergischen Staatsdienst ein, den er jedoch, da er ihn gänzlich unbefriedigt ließ, nach kurzer Zeit mit der freien Advokatenpraxis vertauschte.

Diese Anwaltsstätigkeit ließ ihm genügend Zeit zu weiteren literarischen Studien und Arbeiten und zu eigener dichterischer Betätigung. 1815 erschienen seine „Gebichte“, die sofort die ihnen gebührende Beachtung fanden. Seine Lieder atmen zartes Natur-empfinden; bei aller Knappheit in der Form und im Ausdruck zeichnen sie sich aus durch die Tiefe, Wahrheit und Stärke des Gefühls.

Aber die eigentliche Bedeutung Uhlands liegt in der Ballade und Romane, für die ihn gerade die Meisterschaft in der Beherrschung der einfachen,

schlichten, äußerst knappen Prägnanz der Form und seine tiefe und poetische Erfassung des Volkstümlichen in den zur dichterischen Darstellung und Gestaltung gewählten Stoffen besonders befähigten. Seine Romane zählen unzweifelhaft zu den besten und vollendetsten Erzeugnissen, die die deutsche Dichtkunst hervorgebracht hat; sie gehören zu den wertvollsten Schätzen der deutschen Literatur und sichern dem Dichter dauernd einen Platz unter den Großen der deutschen Poesie.

Neben seiner Bedeutung als Dichter der Romane tritt seine Stellung in der dramatischen Literatur vollständig zurück. Dazu fehlt es ihm zu sehr an hinreichender Leidenschaftlichkeit, an spannender Gestaltungskraft. Trotz zahlreicher dramatischer Entwürfe ist er über eine Reihe dramatischer Fragmente nicht weit hinausgekommen; nur zwei seiner Dramenentwürfe hat er vollendet: die Schauspiele „Ernst, Herzog von Schwaben“, das 1818, und „Ludwig der Bayer“, das 1819 erschien. Freich pulstrende Lebensfülle, dramatische Leidenschaftlichkeit, energische und konsequente Entwicklung der Handlung geht ihnen ab. Sie haben daher einen dauernden Erfolg nicht zu erringen vermocht.

Bei allem liebevollen Versenken in die Vorzeit, das aus fast allen Schöpfungen des Dichters spricht, lag ihm jeder Versuch und Wunsch einer Erneuerung des Mittelalters weit fern. Das zeigt der frische, moderne Geist, mit dem er die geschichtlichen Stoffe durch seine dichterische Gestaltung erfüllte. Dieser Geist leht, daß Uhland auch die Schattenseiten des Mittelalters erkannt und die Bedürfnisse seiner Zeit vollständig erfasst hatte. Er war bei allem stillen Zurückversetzen in vergangene Zeiten, die er in

Gelegenheit gibt, ein möglichst ausgiebiges Quantum Alkohol zu vertilgen. Da wird das obligate Fäßchen aufgelegt und zwischenburch wohl auch noch manches Glas Schnaps hinter die Binde gegossen, bis daß sich dann die Folgen einstellen und die Teilnehmer alkoholberauscht jeden andern Eindruck machen, nur nicht den eines halbwegs zivilisierten Menschen. Frevelhaft aber wird dies Spiel, wenn — wie es oft geschieht — durch die älteren dem jungen Menschen, der da den ersten Schritt in die sogenannte Freiheit tut, sorgfältig zugetrunken wird mit der ausgesprochenen Absicht, ihn unter den Tisch zu bringen. Die Einstandsfeier soll ihm den ersten regelrechten Rausch bringen, sonst wird kein regelrechter Kerl aus ihm. Damit wird vielfach auch das erste Gift dem jungen Kollegen eingetränfelt und manches traurige Los mag seinen Ursprung in einer solchen Gelegenheit gehabt haben. Wenn auch in dem vorliegenden Falle der Hauptleidtragende ein Unorganisierte war, so kann dies uns jedoch nicht hindern, die ganze Einstandsfeier, wie sie vielfach noch üblich ist und die im vorstehenden ganz gewiß nicht übertrieben dargestellt wird, als eines organisierten Arbeiters unwürdig anzusehen. Gewiß gibt es auch Ausnahmen von der Regel und manche Einstandsfeier vollzieht sich in recht erfreulichen Bahnen. Immerhin sollte alles vermieden werden, was auf eine Belastung des jungen Geselzen in materieller oder „geistiger“ Hinsicht hinanstreift. Wo junge Geselzen in unseren Beruf eintreten, da kann man ganz allgemeine Zusammenkünfte derselben veranstalten, ihnen dann dort den Ernst des Lebens vor Augen führen, mit dem sie es nunmehr zu tun haben und sie auf die Wichtigkeit und Notwendigkeit des solidarischen, kameradschaftlichen Empfindens, auf die kollegiale Zusammenarbeit mit ihren nunmehrigen Kollegen aufmerksam machen. Und wenn man dann vermeint, wirklich nicht ohne einige Feuchtigkeit auskommen zu können, nun, so philisterhaft wird niemand sein, der dem jungen Menschen die Freude an einem Glase Bier verleidet wollte, obwohl es uns aber scheinen will, als wenn die Stunde des Eintritts eines jungen Menschen als selbständiger Arbeiter in den Beruf ernst genug sein müßte, um andere Gefühle aufkommen zu lassen als die Lust an feuchtfröhlicher Stimmung. Darum wünschen wir, daß es sich unsere Ortsverwaltungen angelegen sein lassen sollten, an Stelle der jetzt noch üblichen unwürdigen Einstandsfeier eine auf besserer Grundlage aufgebaute Form dieser für die jungen Leute immerhin feierlichen Gelegenheit zu organisieren, wobei im vorstehenden eine Richtschnur gegeben ist.

Streiflichter aus der Luzuspapierbranche.

Zu diesem Artikel in der vorletzten Nummer erhalten wir von der Firma Kenefeld-Berlin ein längeres Schreiben unter Bezugnahme auf § 11 des Preßgesetzes, das aber alles andere ist, nur nicht den Anforderungen dieses Paragraphen entspricht. Trotzdem nehmen wir Kenntnis davon, daß der tödlich verunglückte Kollege nach Ansicht der Geschäftsleitung kein Kollege gewesen sein soll, sondern nur ein Laufbursche, der — wie uns von

dichterisch verklärter Gestalt in seinen Werken wieder aufersich ließ und mit neuem frischem Geiße belebte, ein durchaus moderner, kräftig vorwärts drängender Mensch. Das offenbaren nicht nur seine Werke, sondern das hat er auch durch sein ganzes Leben bewiesen.

Mit seinen „Vaterländischen Gedichten“, die in den Jahren 1816 und 1817 entstanden, leitete er die neuere politische Lyrik in Deutschland ein. Es war in der Zeit, als nach den Freiheitskriegen das Volk um alles, was man ihm vor dem Kampfe gegen den „Erbfeind“ versprochen hatte, betrogen worden war. In Württemberg begannen die Verfassungskämpfe. Und Uhland trat sofort mannhaft für die alten Rechte des Volkes ein. Seine „Vaterländischen Gedichte“, die erfüllt sind von seinem gesunden demokratischen Geiste, legen Zeugnis davon ab. Im Jahre 1819 zog Uhland als Ermähler des Volkes in den württembergischen Landtag ein, dem er sieben Jahre angehörte; er legte dann aber sein Mandat nieder, weil es seine Zeit sehr stark in Anspruch nahm und ihn seinen wissenschaftlichen Arbeiten zu sehr entzog.

Diese Studien und Forschungen machten ihn zu einem hervorragenden und feinsinnigen Kenner der mittelalterlichen Literatur. Sie wurden Veranlassung zu seiner im Jahre 1829 erfolgten Ernennung zum Professor der deutschen Literatur an der Universität seiner Vaterstadt. Der laute Charakter des demokratischen Volksmannes bewährte sich, als ihm im Jahre 1832 der Urlaub zum Eintritt in die Ständeversammlung, in die er gewählt worden war, von der Regierung verweigert wurde; kurz entschlossen gab er die ihm Liebgewordene, wirkungsreiche Lehrtätigkeit in seiner Lieblingswissenschaft

drifter Seite mitgeteilt wurde — beim Baden ertrunken war. Da aber in dem Schreiben zugegeben wird, daß der Betreffende „zeitwillig an der Mollschere geschnitten hat“ und da weiter feststeht, daß dieser 18jährige Mensch Mitglied unseres Verbandes war, so ist es ja weiter nichts wie Ansichtssache, ob wir mit Recht von einem „Kollegen“ sprachen.

Dann wird weiter berichtet (nicht berichtigt, denn das Gegenteil haben wir ja auch gar nicht behauptet), daß die Firma anständige Löhne zahle, in Krankheitsfällen den Arbeitern die Differenz zwischen Wochenlohn und Krankengeld zahle und eine Woche Ferien unter Fortzahlung von zwei Dritteln des Wochenlohnes gewähre. Wir nehmen gerne hiervon Notiz, doch fällt uns auf, daß immer nur von Wochenlöhnen geredet wird die in der Krautwatten- und Hutfurniturenpresserei Beschäftigten aber unseres Wissens wohl alle im Afford arbeiten. Wir haben aber auch gar nicht behauptet, daß die Firma die Löhne der Arbeiter drücke, vielmehr ausdrücklich hervorgehoben, „daß die Arbeiterkraft bei der Firma einen einigermaßen auskömmlichen Verdienst erzielt“. Es ist also nicht unsere Schuld, wenn die Firma aus unserem Artikel etwas herausliest, was nicht darin steht. Im übrigen können wir dazu bemerken, daß wir in unseren Notizen über die Feriengewährung der einzelnen Betriebe vor einiger Zeit die Firma Kenefeld lobend erwähnten.

Was aber die von uns gemeinte Preisdrückerei in der Krautwatten- und Hutfurniturenpresserei anbelangt, so sind wir auch jetzt noch der Ueberzeugung, daß der von der Konkurrenz der Firma erhobene Vorwurf der Preisdrückerei nicht so ganz unbegründet sein kann. Denn sowohl bei den vorjährigen Tarifverhandlungen mit der Vereinigung selbständiger Preßbergolder Groß-Berlins wie bei Einzelverhandlungen, die erst in der letzten Zeit stattfanden, wurde uns die Firma Kenefeld in dieser Beziehung genannt.

Eine Aufforderung zum Uebertritt

in den Buchbinderverband aller derjenigen, die zum Organisationsgebiet unseres Verbandes gehören, hat der Gauvorstand des Fabrikarbeiterverbandes in Breslau in Gemeinschaft mit der Ortsverwaltung desselben Verbandes in Brieg erlassen. Das recht verbindlich gehaltene und Grenzzeitigkeiten verbindende Rundschreiben besagt:

Beter Kollege oder Kollegin!

Sie arbeiten in einem Betriebe, der zum Agitationsgebiet des Buchbinderverbandes gehört. Es wird Ihnen auch bekannt sein, daß zwischen unserem Verband und dem Verband der Buchbinder seit längerer Zeit dieserwegen Zwistigkeiten bestehen. Der Buchbinderverband verlangt, daß seitens unserer Organisation keine Arbeiter mehr als Mitglieder aufgenommen werden sollen, welche in den Rontodruckfabriken von Heinz und von Löwenthal, sowie bei Goldner u. Co. beschäftigt sind. Ferner sollen die Kollegen und Kolleginnen, die in den genannten Betrieben arbeiten, zum Buchbinderverband übertreten.

auf und stellte der Regierung seine Professur zur Verfügung. Aber mit der Erkenntnis der Unfruchtbarkeit der vormärzlichen Ständeversammlung wurde ihm auch seine Abgeordnetentätigkeit abermals immer mehr und mehr verleidet, so daß er im Jahre 1839 auf eine Wiederwahl verzichtete.

Erst das Sturmjahr 1848 führte Ludwig Uhland wieder in das politische Leben zurück. Das württembergische Ministerium entsandte den Dichter, Gelehrten und Politiker als Vertrauensmann nach Frankfurt a. M. Bald darauf ehrte ihn das Volk durch die Wahl zum Abgeordneten zur ersten deutschen Nationalversammlung. In dieser stimmte er als Angehöriger der Linken gegen das Erbtaufertum, wirkte er tatkräftig für die Rechte des Volkes. Bis zum letzten Augenblick blieb er seiner Ueberzeugung und seinem Gide treu. Mannhaft hielt er auf seinem Platze bis zur Auflösung des ersten Reichsparlaments aus. Mit dem Rumpfparlament zog er von Frankfurt nach Stuttgart, wo er trotz der Verhandlungen einer hohen Soldateska das Banner der Volksvertretung verteidigen half, bis ihre letzten Reste mit Waffengewalt auseinandergeprengt wurden.

Seinen Lebensabend widmete er wieder in stiller Zurückgezogenheit seinen Lieblingsforschungen, bis am 13. November 1862 der Tod seinem arbeitsreichen, schaffensfreudigen Leben für immer ein Ziel setzte. Die Ergebnisse seiner wissenschaftlichen Studien erschienen nach seinem Tode, in den Jahren 1865—1868, in den acht Bänden der „Schriften zur Geschichte der Dichtung und Sage“, die neben seinem Ruf als Dichter und Volksmann auch den des Forschers und Gelehrten begründeten. ph.

Dieses Verlangen müssen wir als berechtigt anerkennen, und ersuchen Sie daher, Ihren Uebertritt zum Buchbinderverband vollziehen zu wollen. Vorher müssen Sie aber dafür Sorge tragen, daß Ihr Mitgliedsbuch uns zur Anmeldung (im Bureau Mühlenstraße 19) vorgelegt wird.

Zwistigkeiten zwischen einzelnen Organisationen schaden nicht nur den betreffenden Organisationen selbst, sondern der gesamten Gewerkschaftsbewegung am Orte. Um ein gedeihliches Zusammenarbeiten am Orte zu ermöglichen, bitten wir Sie, Ihren Uebertritt zum Buchbinderverband recht bald vollziehen zu wollen. Es liegt ja auch im Interesse der Arbeiter selbst, wenn sie der zuständigen Organisation angehören.

Dieser Aufforderung an Sie ging eine Verständigung zwischen den Unterzeichneten und dem Gauvorstand des Buchbinderverbandes voraus. Sie werden im Buchbinderverband mit vollen Rechten aufgenommen, d. h. die Beiträge, die Sie bei uns entrichtet haben, werden Ihnen dort voll und ganz angerechnet, so daß sie dabei keinen Schaden haben werden.

Mit kollegialem Gruß

Der Gauvorstand, F. A.: Bihl, Kolwalt-Breslau. Die Ortsverwaltung, F. A.: Oskar Kololt-Brieg.

Mit der wirklichen Niederlage dieses Rundschreibens verbinden wir den Wunsch, daß es seinen Zweck erfülle und so mit dazu beitrage, die schon längst als hemmend empfundene Mitgliedschaft gleicher Berufsgeoffenen und Genossinnen in verschiedenen Verbänden zu beseitigen und an deren Stelle eine einheitsliche festgeschlossene Organisation zu setzen. In freundschaftlicher Weise mache man alle von der Aufforderung berührten Kollegen und Kolleginnen auf den notwendigen Uebertritt aufmerksam und stärke damit unsere Position. Zu wünschen wäre, daß an allen sonst noch in Frage kommenden Orten mit den entsprechenden Organisationen in gleicher friedlicher Art die Ueberweisung der in unseren Verband gehörenden Arbeitsgenossen und -genossinnen geregelt würde

Die Lohnbewegung in Brieg.

Da sich die Ereignisse während der Freit, die den Unternehmern zur Verantwortung der Forderungen gestellt war, geradezu überstürzten, so war natürlich die Kollegenchaft vom Inhalt der eingehenden Antworten hinreichend informiert. Am Montag, den 28. Oktober, wurden die Verhandlungen mit der Firma Loewenthal fortgesetzt. Zunächst galt es, den Verband gegen die Angriffe der Werkmeister zu schützen. In einer im Bureau des Betriebsleiters abgehaltenen Abteilungsleiterkonferenz konnte den Meistern gesagt werden, daß der Ueber-eifer, mit dem sie die Interessen des Geschäfts glauben wahrnehmen zu müssen, einer ruhigen und friedlichen Lösung der Angelegenheit nicht dienlich sei, sondern nur zu gefährlichen Konflikten führen müsse. Unsere Bezirksverwaltung wurde schließlich ermächtigt, dem Personal in geeigneter Weise mitzuteilen, daß die Firma es keinem ihrer Arbeiter und keiner Arbeiterin verwehre, Mitglied des Verbandes zu sein und niemand wegen seiner Zugehörigkeit zur Organisation irgendwelche Maßregelungen zu befürchten habe. Durch ein Flugblatt wurde die Kollegenchaft hiervon unterrichtet.

Hinsichtlich der materiellen Seite wurde, da der Herr Stadtrat im Einvernehmen mit seinem Bruder, der Teilhaber des Geschäfts ist, handeln wollte, vereinbart, daß uns die Firma bis zum Sonnabend, den 2. November, ihre Vorschläge, die eventuell die Grundlage für die weiteren Unterhandlungen sein sollten, mitteilen würde. —

Mit der in einem modernen Großbetriebe üblichen minutiösen Pünktlichkeit traf am Morgen des 29. Oktober auch die Antwort der Firma T. T. Heintze ein, in der es hieß:

Auf Ihr — in der vergangenen Woche — an mich gerichtetes Schreiben erwidere ich, daß ich absehen muß, mit Verbänden oder deren Beauftragten wegen der Lohnverhältnisse meiner Angestellten in Verbindung zu treten.

Ich zeichne

Sachachtungsvoll T. T. Heintze.

Tags zuvor war die bereits in letzter Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ abgedruckte Mitteilung „An unser Personal“ ausgegeben worden.

So war der Stand der Bewegung, als die am 31. Oktober tagende Versammlung der Brieger Kollegenchaft sich mit der gegenwärtigen Situation beschäftigte und zu ihr Stellung nahm. Zu Beginn der Versammlung mußte der wieder erschienenen Polizei, die sich den Tag über bemühte, den Wert anzustimmen und uns den Saal abzutreiben, die Tür gewiesen werden. In seinem Bericht würdigte Kollege Bruck die Zustände der Firma T. T. Heintze, die zwar weit, weit hinter den ge-

hegten Erwartungen zurückbleiben und weit davon entfernt sind, unsere Forderungen zu erfüllen. Aber wir wollen dieselben als eine einstweilige Abschlagszahlung auf unsere Forderungen akzeptieren und abwarten, was die Firma ihren Mitarbeitern durch den angekündigten Tarif, der ja schon am 1. Januar 1918 in Kraft treten soll, bieten wird. Eine vertragliche Bindung für uns bringt er nicht mit sich, da die Firma einen gleichberechtigten Kontrahenten in ihrer Arbeiterchaft nicht sehen will. Die Entstehung des angekündigten Tarifs wird gleichbedeutend sein mit einseitigem Erlaß einer Arbeitsordnung. Trotzdem wollen wir seinem Kommen entgegensehen. Es bleibt uns ja dann immer noch das Recht, uns zu gegebener Zeit der Schwärz auf weiß gegebenen Worte „An unser Personal“ zu erinnern. Den bescheidenen Erfolg, mit dem wir uns vorläufig zufrieden geben können, haben wir aber nur der Organisation zu danken. Zwar sagt die Firma, daß sie sowieso die Absicht hatte, im nächsten Jahre Lohnaufbesserungen zu gewähren. Selbst wenn wir diese Absicht, die erst jetzt bekannt wurde, glaubhaft halten, so ist es doch dem Verbands zu danken, daß die Kollegenchaft trotz der außerordentlich drückenden Leuerung nicht noch ein halbes Jahr auf diese bescheidenen Lohnaufbesserungen warten mußte. Doch als gute, preußische Staatsbürger wissen wir, daß selbst königliche Versprechen manchmal nicht eingelöst werden und wir wissen nicht, ob die gute Absicht der Firma Heinz, selbst wenn sie uns bekannt gewesen wäre, jemals in Erfüllung gegangen wäre, wenn der Buchbinderverband sich nicht der Kollegenchaft angenommen hätte. Viele der Kollegen werden es bedauern, daß es zwischen der Firma und dem Verbands nicht zu Verhandlungen und einem Tarifabschluß gekommen ist. Darüber können wir uns beruhigen. Bei den trostlosen Lohnverhältnissen, wie sie allgemein in Krieg herrschen, ist ein Tarifverhältnis nicht erstrebenswert. Wir brauchen die Bewegungsfreiheit nötiger als Tarifverträge. Auch über die persönliche Arbeit, die die Firma Heinz glaubte dem Verbandsvertreter erteilen zu müssen, brauchen wir uns keine grauen Haare wachsen zu lassen. Der „Breslauer Agitator“ wird dafür nur allzureichenden Trost in der Tatsache finden, daß seine Arbeit und Tätigkeit schon in verhältnismäßig kurzer Zeit der Brieger Kollegenchaft einen nicht zu verachtenden Erfolg gebracht hat, einen Erfolg, der dem gegenwärtigen Machtverhältnis der Organisation in Krieg entspricht. Dabei ist zu beachten, daß die Zugeständnisse nicht nur unseren Kollegen, sondern allen unseren Mitarbeitern zu gute kommen. Die Buchbinderhilfsarbeiter, die Lager-, Keller-, Transport- und Handelshilfsarbeiter, sie alle, über 1000 Personen, nehmen teil an dem Erfolg des Buchbinderverbandes. Nach oberflächlicher Schätzung, bedingt die bewilligte Lohnaufbesserung einen Mehraufwand von mehr als 1200 Mk. pro Woche oder mehr als 60 000 Mk. pro Jahr.

Doch nicht ungestört dürfen wir uns des Erfolges freuen. Der Nachfeldzug hat bereits begonnen. Die Verbandsmitglieder, insbesondere die tätigen von ihnen, sind bereits in der Konfliktzeit den schlimmsten Drangsalierungen und Beschimpfungen der Werkmeister ausgesetzt gewesen. Ein Vorstandsmitglied ist sogar entlassen worden. All das steht im krassen Widerspruch zu der Behauptung der Firma, daß sie stets darauf gesehen habe, daß dem Personal eine anständige Behandlung zuteil würde. Wir sind im Zweifel, ob die Firma Heinz dieses Verhalten ihrer Werkmeister billigt oder nicht. Darüber muß noch Klarheit geschaffen werden. Deckt die Firma das Verhalten der Werkmeister, dann werden wir noch weitere Maßnahmen zu erwarten haben. Dann gilt es, daß die gesamte Kollegenchaft erst recht zusammenhält, um diejenigen zu decken, die sich für uns verwandt und denen wir allesamt Dank schuldig sind. Darum dürfen wir nicht jetzt, nachdem uns Lohnaufbesserungen zuteil geworden, etwa der Organisation wieder den Rücken kehren, nein, wir müssen treu zu ihr stehen, uns erst recht um das Banner des Verbandes scharen. Kein Kollege ist zu alt dazu. Auch unsere jungen Kollegen und Kolleginnen, die im noch fast kindlichen Alter in das Erwerbsleben hineingerissen werden, die im Kampf uns Dasein gezwungen werden, ihre Arbeitskraft feilzubieten, sie alle, alle sind daran interessiert, daß die Macht und der Einfluß des Verbandes weiter steigt. Je stärker die Macht des Verbandes ist, um so größer ist sein Einfluß, um so besser werden die Lohn- und Arbeitsbedingungen sein.

Nach kurzer Diskussion nahm die gut besuchte Versammlung folgende Resolution einstimmig an: Die außerordentlich gut besuchte Versammlung der in den Geschäftsbüchereifabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nimmt Kenntnis vom Stande der

Verhandlungen mit der Firma W. Loewenthal und den von der Firma L. E. Heinz gemachten Zugeständnissen. Unter der Voraussetzung, daß die letzteren auch den Akkordarbeitern und den Akkordarbeiterinnen schon jetzt zugute kommen, akzeptiert sie dieselben trotz ihrer geringfügigkeit als eine Abschlagszahlung auf die durchaus berechtigten Forderungen, deren Erfüllung sie bei der in Aussicht genommenen Ausarbeitung eines Lohn tariffs erwartet.

Die Versammlung mißbilligt jedoch auf das entschiedenste das rigorose Verhalten einiger Abteilungsmeister gegenüber der Arbeiterchaft und verurteilt insbesondere, daß eine Mitarbeiterin ohne jeden ersichtlichen im Interesse des Geschäfts gelegenen Grund, sondern lediglich wegen ihrer außerhalb des Betriebes ausgeübten Tätigkeit für die Organisation, entlassen worden ist. Sie erwartet mit Bestimmtheit, daß die Herren Prinzipale das hier geschehene Unrecht nicht dulden und diese Arbeiterin wieder in den Betrieb aufnehmen werden.

Die Bezirksverwaltung des Deutschen Buchbinderverbandes, die die Versammlung nach wie vor als ihre berufene Interessenvertretung anerkennt, wird beauftragt, der Firma L. E. Heinz von dieser Entschiedenheit Kenntnis zu geben und wenn nötig, mit näheren Einzelheiten zu belegen.

Zum Streik der Papierwarenarbeiter und -arbeiterinnen in Aichersleben.

Der Kampf in der Papierwarenindustrie nimmt seinen unerminderten Fortgang. Schon in der letzten Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ konnte die polizeiliche Hausdurchsuchung und die Erhebung einer Anklage wegen versuchter Erpressung, Nötigung und Vergehen gegen den § 153 der Reichsgewerbeordnung mitgeteilt werden. Inzwischen geht die Behörde auf Veranlassung der Firma Westhorn mit weiteren Vernehmungen vor. Ein Buchdrucker, der zum Verhöre geholt wurde, blieb in Haft, da er sich des Verstoßes gegen den § 17 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb schuldig gemacht haben soll durch Bekanntgabe einiger Adressen von Kunden der Firma Westhorn an die Streikleitung. Die Firma rühmt sich noch dieser Tat in einem „Eingefandt“ an ihr Leitblatt, den „Aicherslebener Anzeiger“. Sie hat damit ein Opfer gefunden, an dem sie ihre Nachgelüste befriedigen kann, denn der Mann ist Ausländer und man schützt Fluchtverdacht vor, um ihn in Haft behalten zu können. Wenn die Firma aber glaube, durch diese Maßnahmen den Widerstand der Streikenden brechen zu können, so wird sie sich auch darin getäuscht sehen.

Am 1. November vorbereiteten die Streikenden als Antwort auf die behördlichen Maßnahmen ein Flugblatt, das an die gesamte Einwohnerschaft von Aichersleben gerichtet war, darauf antwortete die Firma Westhorn im „Aicherslebener Anzeiger“ vom 3. November. Nachdem sie zunächst dem „Anzeiger“ auf die Finger klopfte, daß er überhaupt etwas über den Streik brachte (die Firma hat vergessen, daß sie den „Anzeiger“ zuerst mit Angaben über den Streik versorgte), schimpft sie dann auf die Streikleitung los. Die Lohnbewegung sei von vornherein mit groben Unwahrheiten, mit Verleumdung und Verleumdung begonnen worden. Die ganze Bewegung hätte offenbar nur den Zweck, „der sozialdemokratischen Parteikasse eine neue größere Arbeitergruppe durch wöchentliche Beiträge dienlich zu machen“. Daß dieses „Eingefandt“ im „Anzeiger“ mit dem Titel „Sozialdemokratische Lügen und Streikverbrechen“ versehen war, sei nur nebenher bemerkt. Im übrigen darf man von einem Kommerzienrat nicht erwarten, daß er den Unterschied zwischen einer Gewerkschaftsorganisation und der sozialdemokratischen Partei kennt. Obgleich schon einmal richtig gestellt, behauptet die Firma geflissentlich weiter, daß eine Anzahl Arbeiterinnen durch falsche Vorpiegelungen verleitet worden seien, die Kündigungslisten zu unterschreiben, ohne daß sie wußten, daß diese zur Kündigung und damit zur Teilnahme am Streik dienen sollten. Der Streikleiter habe in der Versammlung vom 19. September die Versammlungsbefugter zum Kontraktbruch verleitet. Die Firma verschweigt aber, daß sie die Arbeiter und Arbeiterinnen durch die bekannten ungeheuerlichen Bedrückungsmaßnahmen erst zur Abhaltung dieser Protestversammlung gezwungen hatte.

Unsere Schilderung der niedrigen Löhne der Arbeiter und Arbeiterinnen und die Schilderung der Forderungen in der Heimindustrie werden als falsche Vorpiegelungen und Schauergerüchten hingestellt. Die von uns angegebenen Löhne werden bestritten, trotzdem rückt die Firma mit einer Bekanntgabe der Lohnlisten nicht heraus. Nachweislich habe sie Aufträge auf viele Millionen von Beuteln ohne den geringsten Gewinn übernommen, nur um den Arbeitern und besonders den vielen Heimarbeiterinnen jahraus, jahrein ein möglichst gleichmäßiges Einkommen zu bieten. Das sagen dieselben Unternehmer, deren Reichtum sich auf der Ausbeutung

ungefährter Arbeiterinnen und Kinder aufbaut. Mit sichtlichem Wohlbehagen ergeht sich der Schreiber des „Eingefandt“ dann in der Schilderung der Straftaten, die sich der Streikleiter habe zuschulden kommen lassen. Ob er nicht nach der zu erwartenden Gerichtsverhandlung ein anderes Bild bekommen wird, bleibt abzuwarten.

Dann wird weiter behauptet, daß die nach anderen Städten dirigierten Arbeiterinnen fast ohne Ausnahme große Enttäuschungen erlebt hätten und zum größten Teil wieder nach Aichersleben zurückgekehrt und zum Teil wieder in ihre alten Stellen eingetreten wären. Tatsache ist dagegen, daß zahlreiche Arbeiterinnen in Berlin, Hamburg und Leipzig jetzt 17 bis 20 Mk. verdienen, statt 7 bis 8 Mk. bei Westhorn. Einige der Mädchen sind jetzt in der Lage, ihre Eltern mit Geld zu unterstützen, während sonst sie auf die Unterstützung durch die Eltern angewiesen waren. Zurückgekehrt sind nur 3 oder 4 Arbeiterinnen, die sich nach Bielefeld zu Arbeiten gemeldet hatten, die sie nicht verstanden und die deshalb den erwünschten Verdienst nicht erzielten.

Aus dem Eingefandt geht unzweideutig hervor, daß die Herren die geringen Forderungen nicht erfüllen wollen, um nicht ihren Millionenprofit zu gefährden, und daß sie deshalb nicht mit den Organisationsleitern verhandelten, um ihren Herr-im-Hause-Standpunkt zu wahren. Es klingt auch bitterer Verger daraus hervor, weil eine kleine Gruppe von Arbeiterinnen und die Streikleitung es wagen, den sich allmächtig bückenden Kommerzienräten die Stirn zu bieten. Es würde zu weit führen, alle die erhobenen Vorwürfe hier zu veröffentlichen. Wir konstatieren demgegenüber mit Genugtuung, daß fast das ganze Bürgerum Aichersleben auf seiten der Streikenden steht und wir richten auch wiederholt an unsere Kollegenchaft das Ersuchen, jeden Zugang von Aichersleben fernzuhalten.

Der Streik in Landshtut.

Der Streik in der Papierwarenfabrik von Smorowski u. Schmalzig nimmt immer schärfere Formen an. Diese Firma sucht in allen Zeitungen Arbeitswillige einzufangen und dieselben unter dem Versprechen guter Behandlung und hohen Lohnes nach Landshtut zu locken. In vergangener Woche wurden von der Streikleitung 26 Personen abgefangen und über die Verhältnisse aufgeklärt. Natürlich sind die meisten wieder abgereist, sie verzichteten auf die Ehre, Arbeitswillige zu spielen. Die eifrige Tätigkeit unserer Streikposten ist dem Firmeninhaber gewaltig auf die Nerven gegangen, und wenn kein Mittel mehr hilft, dann muß die Polizei zur Stelle. So auch hier; die Polizei wollte uns vorschreiben, von dieser Woche an nur zwei Posten aufzustellen und wenn die guten Arbeitswilligen belästigt werden, dann wird das Streikpostenstehen ganz verboten. Auch der Magistrat nahm in seiner Sitzung Stellung dazu und kam nach langem Für und Wider zu dem Beschluß, eine Kommission zur Untersuchung einzusetzen. Auch der Gewerkschaftsberein besetzte sich eingehend mit dieser Angelegenheit und übermittelte in einer einstimmig angenommenen Resolution die Wünsche der organisierten Arbeiterchaft mit dem Erfolge, daß der Herr Bürgermeister erklärte, er behauere dieses Vorgehen auf Grund falscher Informationen. So wird es gemacht, nur alles den Streikenden an die Nachschöbe gehängt, etwas wird schon haften bleiben. Die kämpfenden Arbeitsbrüder und Arbeitschwestern stehen noch einmütig und geschlossen, so fest wie am ersten Tage und sie werden mit allen Mitteln bis zum endgültigen Erfolge aushalten. Zugang ist streng fernzuhalten.

Zum Streik in Hagen.

Der Streik bei Schlegel und h. d. Heyden dauert unverändert fort und sind die Beteiligten sowie auch die übrige Kollegenchaft von Hagen guten Mutes und der festen Hoffnung, daß dieser „Kampf ums Recht“ zu unseren Gunsten ausgehen wird. Daran kann auch nichts ändern, daß die bestreikte Firma aufeinander mit der Polizei auf sehr gutem Fuße steht, so daß es in den ersten Tagen den Anschein hatte, als wenn einzelne Polizeibeamte die Interessen der Firma für ihre eigenen ansehen. Dies hatte aber zur Folge, daß dieser partielle und kleine Lohnkampf ein allgemeines öffentliches Interesse bekam. Das ungewöhnlich große Polizeiaufgebot in den ersten Tagen lockte denn auch naturgemäß viele Neugierige an. Ob dieses gerade im Interesse der Firma gelegen war, lassen wir dahin gestellt sein. Jedenfalls ist dadurch hier sowieso schon nicht große „Popularität“ nicht größer geworden. Nachdem der Stadtverordnete Genosse Breil im Stadtparlament eine entsprechende Interpellation eingebracht und begründet hatte und dabei von den Stadtverordneten Sauerbrech, Ludwig und Fey kräft-

tig unterstützt worden war, scheint ja eine etwas objektivere Auffassung bei den Polizeibehörden Platz gegriffen zu haben, um so mehr, da sie sich überzeugen mußte, daß offenbar das Recht und die öffentliche Meinung auf Seiten der Streikenden ist. Die Firma wird vielleicht selbst schon mit Bedauern eingesehen haben, daß es doch jedenfalls besser gewesen wäre, wenn sie nicht so rigoros vorgegangen wäre und sich lieber mit ihren alten und eingearbeiteten Gehilfen verständigt hätte, was sehr leicht gewesen wäre. Schließlich kann ihr nicht gleichgültig sein, was die öffentliche Meinung denkt, da sie, wenn auch stolz auf ihre Unabhängigkeit, doch nicht verkennen wird, daß sie letzten Endes doch von ihrer Rundschaft abhängig ist. Die von ihr hergestellten Schreibhefte und Diarien müssen doch zum größten Teil an Volksschüler, d. h. an Arbeiterkinder, abgesetzt werden. Den Eltern dieser Kinder aber ist es schließlich nicht nebensächlich, ob die Hefte in einer Firma hergestellt werden, in der man den Arbeitern ihr Vertrags- und Koalitionsrecht rauben will und abgeschlossene Tarifverträge einfach durchbricht. Auch dürften sich unter der Rundschaft dieser Firma noch manche Parteigeschäfte und Genossenschaften finden, denen dieser Tarifbruch und Lohnkampf auch nicht gerade als eine besondere Empfehlung der Geschäftsbücher, Zeichenblätter usw. der Firma Schlegel und v. d. Gehden vorkommen wird.

Im übrigen ist nach wie vor Bezug fernzuhalten!

Lohnbewegung bei der Firma Kindler, Holzrahmenfabrik in Berlin-Neukölln.

In Nr. 40 der „Buchbinder-Zeitung“ schilderten wir die Lohnbewegung bei der Firma Katenzen-Verlin, in die wir, veranlaßt durch das Vorgehen der im Holzarbeiter-Verband organisierten Vergolder, getreten waren. Neulich lagen die Dinge in der Holzrahmenfabrik von Kindler, wo wir mit elf Kolleginnen in Betracht kamen. Dort legten am 14. Oktober die dort beschäftigten Vergolder die Arbeit nieder, weil ihnen die Anerkennung der von ihnen allgemein angestrebten fünfzigstündigen Arbeitszeit verweigert wurde. Neben den dort beschäftigten Rahmenmachern wurden auch unsere Kolleginnen, die als Rüchmanarbeiterinnen und als Kompletiererinnen tätig waren, in Mitleidenschaft gezogen, indem ihnen zum Teil zugemutet wurde, an der Streikarbeit einiger stehengebliebener müßiger Elemente weiterzuarbeiten. Sie legten infolgedessen und auf Verlangen der übrigen im Ausstand befindlichen Arbeitergruppen am 18. Oktober die Arbeit ebenfalls nieder. Obgleich wir bei dieser Firma vorher keine Lohnforderungen gestellt hatten, weil unsere dort beschäftigten Kolleginnen zum überwiegenden Teil erst ein paar Wochen organisiert waren, so verspürten wir doch keine Neigung, unsere Mitglieder vornehmlich nur zur Unterstützung der Forderungen der Holzarbeiter zur Arbeitsniederlegung zu veranlassen. Wir wollten die Gelegenheit benutzen, um für diese etwas herauszuholen. Denn wenn auch die Arbeitszeit bereits kürzer war als unsere im Tarif vorgesehene — sie betrug bereits 51 Stunden — so bewegten sich die Löhne, die bisher gezahlt wurden, zum großen Teil weit unter den in unserem Tarif vorgesehenen. Wir reichten darum schleunigst auch unsere Forderungen ein mit dem Ersuchen um Anerkennung des Tarifvertrages, um so die Löhne bewilligt zu erhalten, die in anderen Betrieben bereits gezahlt wurden. Verhandlungen, die bald einsetzten, scheiterten bei der Erörterung unserer Forderungen zunächst an der ablehnenden Haltung des Unternehmers, der durchaus den Standpunkt vertretet, erst müsse die Arbeitsaufnahme von unseren Kolleginnen erfolgt sein, bevor an eine Regelung der Löhne in unserem Sinne zu denken sei; hätten sie doch die Arbeit niedergelegt, bevor er mit unseren Forderungen vertraut war. Aber auch hier gelang es durch Festhalten an unserer Auffassung, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis auch für uns etwas erreicht sei, den Firmeninhaber zu einer anderen Meinung zu bekehren und mit uns in Verhandlungen einzutreten. Am 29. Oktober wurde dann auch ein Vertrag geschlossen, worin allen — bis auf zwei Jugendlichen unter 16 Jahren, die bereits den tariflichen Lohn haben — Lohnzulagen von 1 Mk. bis zu 2,50 Mk. pro Woche zugesichert wurden. Vom 1. Februar 1913 ab sollen dann die tariflichen Lohnsätze Geltung haben. Also auch hier ein ganz beachtenswerter Erfolg, und zwar mit einer zum großen Teil sehr jugendlichen und erst kurze Zeit organisierten Kollegenschaft, von denen keine während des zweiwöchigen Ausstandes abtrünnig geworden ist.

Hoffentlich trägt aber auch dieser Erfolg mit dazu bei, unsere Kollegen in anderen Betrieben, und vornehmlich die männlichen, zu ermuntern, nun überall dort, wo es noch nicht geschehen, eine tarif-

liche Regelung der Löhne und Arbeitszeit zu verlangen. Was in diesen Betrieben möglich war, das muß auch wo anders möglich sein, zumal dort, wo nur gelernte und daher schwerer zu erwerbende Arbeitskräfte in Betracht kommen. Es gehört dazu nur etwas Mut und etwas mehr Selbstvertrauen. Es muß uns gelingen, unsern Tarifvertrag in kürzester Zeit in allen in Betracht kommenden Betrieben zur Durchführung zu bringen.

Zur Lohnbewegung der Buchbinder in Würzburg.

Der am 30. September abgelaufene Tarif wurde rechtzeitig gekündigt und zeitgemäße Abänderungsanträge eingereicht. Diese Bewegung mußte mit der Zustimmung des christlichen Verbandes gemeinsam geführt werden. Eine dementsprechende Kommission hat auch schon frühzeitig die Vorarbeiten begonnen und zu Ende geführt. Das Zusammenarbeiten der gemischten Kommission ging gut vonstatten. Durch die Unternehmer wurde die Sache sehr weit hinausgeschoben, so daß die ersten Unterhandlungen am 30. September gepflogen wurden. Dieser ersten Besprechung mit den Vertretern der Unternehmer wohnte vom christlichen Verband dessen Vorsitzender Hornbach-Kölln, von unserem Verband Kollege Weindlauer-Münzberg bei. Das Angebot der Unternehmer lautete auf Erhöhung der Minimallohne für Gehilfen um 1 Mk. pro Position, die höher Entlohnerten erhalten 5 Proz. Lohnerhöhung. Dieses mehr wie minimale Angebot wurde in einer öffentlichen Versammlung einstimmig abgelehnt und Kollege Weindlauer beauftragt, weitere Unterhandlungen anzubahnen. Nach einigen Tagen erfolgte durch den Vorsitzenden des Buchdruckervereins Würzburg im Auftrage der Unternehmer ein weiteres Angebot dahingehend, daß nach zwei Jahren eine weitere Erhöhung der Minimallohne von 50 Pf., für die höher Entlohnerten eine weitere Lohnerhöhung von 2½ Proz. eintreten soll. Ausgeschlossen von dieser Erhöhung soll die Position im ersten Gehilfenjahr sein. Gleichzeitig wurde dieses Angebot als das Äußerste bezeichnet, was von den Unternehmern bewilligt werden könne. Eine öffentliche Versammlung beschäftigte sich auch mit diesem Angebot und wurde vielfach betont, daß man eine tariflose Zeit kommen lassen und bei günstiger Gelegenheit wieder anpacken soll. Die Konjunktur war zum Streik nicht geeignet. In diesem Sinne erfolgte wiederum ein einstimmiger Beschluß. Schließlich entwickelten sich die Verhältnisse so, daß eine gemeinsame Sitzung der Lohnkommission mit den Vertrauensleuten beider Verbände zu der Auffassung kam, daß Kollege Weindlauer nochmals Abänderungsvorschläge ausarbeiten soll und diese den Unternehmern persönlich zu unterbreiten habe. Eine am 21. Oktober stattgefundene Versammlung hatte das Ergebnis, daß man schließlich geneigt wäre, die Erhöhungen der Minimallohne um 1,50 Mk. pro Position und die 7½prozentige Lohnerhöhung für besser Entlohnerte zu akzeptieren, jedoch unter der Voraussetzung, daß die 5prozentige Lohnerhöhung und Erhöhung der Minimallohne um 1 Mk. pro Position rückwirkend vom 1. Oktober an gewährt würden. Außerdem soll der Ablaufstermin des Tarifs auf den 30. September festgesetzt werden. Eine Sitzung der Lohnkommission in Gemeinschaft mit den Vertrauensleuten beider Verbände beauftragte den Kollegen Weindlauer, im Sinne des letzten Versammlungsbeschlusses nochmals mit den Unternehmern in Verbindung zu treten und eventuell einen Abschluß herbeizuführen. Die Auffassung, eine tariflose Zeit kommen zu lassen und eine bessere Konjunktur abzuwarten, mußte nach dem Versammlungsbeschlusse vom 21. Oktober fallen gelassen werden. Nach Lage der Verhältnisse wurde allgemein betont, daß es besser sei, so zum Abschluß zu kommen.

Das Fazit dieser Bewegung ist kurz zusammengefaßt folgendes: Die Arbeitszeitverkürzung beträgt pro Woche eine halbe Stunde und ist damit die 53stündige Arbeitszeit in allen dem Buchdruckerverein angehörigen Betrieben durchgeführt. Die Erhöhung der Minimallohne beträgt pro Position und Woche 1,50 Mk. mit Ausnahme der Position für Ausgelernte, die nur um 1 Mk. erhöht wurde. Für alle höher Entlohnerten beträgt die Lohnerhöhung 7½ Proz. Einige besonders rückständige Löhne wurden etwas mehr erhöht. Allerdings sind bis jetzt von dieser Veranfügung nur drei bis vier Kollegen betroffen worden. Die am 1. Oktober fälligen Lohnerhöhungen wurden rückwirkend anerkannt und ist die Auszahlung dieser für vier Wochen am Sonnabend, den 26. Oktober, überall erfolgt. Der Ablaufstermin wurde ebenfalls auf den 30. September festgesetzt.

Ein besonders glänzender Sieg war also nicht zu erringen. Wenn man aber die schwierigen dr-

lichen Verhältnisse in Betracht zieht, wenn man ferner die Tatsache ins Auge faßt, daß der vorhandene Erfolg ohne eine Stunde Streit, ja sogar ohne zur Kündigung schreiten zu müssen, erreicht wurde, so darf wohl ohne jede Übertreibung gesagt werden, daß das Resultat als annehmbar bezeichnet werden darf. Hoffentlich bildet diese Lohnbewegung einen Ansporn für die Kollegen, in Zukunft mit allen Mitteln für die Ausbreitung der Organisation zu wirken, damit bei einer späteren Gelegenheit alles das errungen werden kann, was in Betracht der noch nie dagewesenen Feuerung aller unentbehrlichen Bedarfsartikel erkämpft werden muß.

Die Kolleginnen sind leider vollständig leer bei der Sache ausgegangen. Schuld sind sie selbst daran. Trotz aller Hausagitation und aller sonstigen Anstrengungen waren sie nicht für die Organisation zu gewinnen. Selbst der noch in letzter Stunde unternommene Versuch war vergebens. Durch die nackte, rauhe Tatsache müssen nun die Kolleginnen am eigenen Leibe verspüren, daß ohne die Organisation auch nicht ein Pfennig Lohnerhöhung erreicht werden kann. Die bisherige Auffassung der Kolleginnen: Wenn die anderen Lohnerhöhungen bekommen, erhalten wir diese auch ohne den Verband — hat eine schwere Enttäuschung gebracht. Kolleginnen von Würzburg! Laßt euch dieses Vorwissen ein warnendes Menetekel sein und schließt euch euren organisierten Kollegen an. Je eher, desto besser!

Internationales.

Kroatien-Slawonien. Unsere kroatische Kollegenschaft, die fast ausnahmslos in Agrar zu finden ist, hat eine Lohnbewegung eingeleitet. Da es sich hier infolge der geringen Ausdehnung unseres Berufes nur um einen kleinen Verband handelt, so ist für diesen eine Lohnbewegung von ganz anderer Bedeutung, als eine solche mit der gleichen Zahl Beteiligter in einer größeren Organisation. So ist es denn auch zu verstehen, daß die Verbandsleitung beschlossen hat, während der Dauer der Bewegung Kroatien zu sperren und keinerlei Unterstützung an Zuweisende während dieser Zeit auszusparen. Wir können es natürlich nur begrüßen, wenn unsere Kollegenschaft in den zurückgebliebenen Ländern alle Anstrengungen macht, um vorwärts zu kommen. Selbstverständlich ist die über Kroatien verhängte Sperre zu beachten und alle Arbeitsangebote von dort sind abzulehnen.

Ungarn. Der ungarische Buchbinderverband hat in der letzten Zeit mehrere Lohnbewegungen mit Erfolg beendet. In Raab kam es zu einem Streik, der vier Wochen andauerte. Die Unternehmer dort wollten von einem Tarifvertrag absolut nichts wissen und sie versuchten alles, um den Streik zu einem erfolglosen zu machen. Hierbei fanden sie das weiteste Entgegenkommen und das beste Verständnis bei den Behörden, deren tatkräftigste Unterstützung sie hatten. Ganz wie bei uns. Aber alles half nichts und unsere Kollegen errangen ihren wohlverdienten Sieg. Weitere Bewegungen — jedoch ohne Streik — fanden statt in Großwardein, Debrezin und weiteren vier Städten, wobei überall Tarife abgeschlossen wurden. In Pécs, Miskolc und Pancsova wurden 10 Prozent Lohnaufbesserung und die 8½stündige Arbeitszeit errungen, in Arad, Großwardein, Debrezin und Raab die 8½stündige Arbeitszeit und ebenfalls 10 Prozent Lohnerhöhung. Diese Erfolge wurden für 220 Kollegen erzielt.

Norwegen. Nach dem in der Oktobernummer der norwegischen „Buchbinderzeitung“ erschienenen Bericht über die Verbandstätigkeit des norwegischen Buchbinderverbandes in der Geschäftsperiode vom 1. Juli 1911 bis 30. Juni 1912 betrug die Mitgliederzahl dieses Verbandes am 1. Juli 1911 622, verteilt auf 7 Abteilungen und einigen einzelstehenden Mitgliedern. Davon steuerten in der 1. Klasse 259, in der 2. 363. Seit dem 1. Oktober 1911 hat der Verband drei Beitragsklassen. Die Mitgliederzahl ist im Berichtsjahre um 86 gestiegen. Zwei Lohnbewegungen (in Bergen und Frederikshald) haben stattgefunden, wobei Lohnerhöhungen bis 3 Kronen und eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit um 2 Stunden erreicht wurde.

Laut Beschluß der vorjährigen Landesversammlung wurde eine Krankenkasse gegründet, die am 1. Januar 1912 in Kraft trat. Im ersten halben Jahr ist ein Defizit von 410,96 Kronen entstanden, das knapp gedeckt wird von dem behördlichen Zuschuß von 6 Kronen pro Mitglied und Jahr. Es ist aber zu hoffen, daß dieser Zuschuß erhöht wird, indem die Kassen dieselbe Unterstützung bekommen wie die Kreiskrankenkassen, nämlich $\frac{1}{10}$ vom Beitrag.

Auf einen anderen Beschluß der vorigen Landesversammlung hin wurde ein Arbeitsnachweis eingerichtet, der jedoch nicht instande war, den ganzen Bedarf an Arbeitskräften zu decken, da infolge der aufsteigenden Konjunktur beinahe keine Arbeitslosen vorhanden waren.

Korrespondenzen.

Gesperrt sind:

Deutschland.

Nieder- und Umgegend.

Grünstadt (Firma Schäffer).

Hagen i. W. (Firma Schlegel und v. d. Heyden).

Hainichen i. Sa.

Landshut i. B. (Firma Smorowski u. Schmalig).

Kroatien:

Die ganze Provinz, hauptsächlich Agram, infolge Tarifbewegung.

Schweiz:

Neuenburg (Firma Delachaux u. Nestlé).

Zuzug fernhalten:

Deutschland.

Hannau.

Schweiz.

Lausanne.

Frankfurt am Main-Diessenbach. Wegen bedeutender Abzüge an den Affordpreisen hat das Personal der Papierwarenfabrik Carl Klippel, Frankfurt a. M., die Kündigung eingereicht. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Grünstadt. Nachdem sich die Firma Schäffer beharrlich weigert, ihrem Personal das Recht zuzugestehen, sich im Buchbinderverband organisieren zu können, ist der Betrieb für unsere Verbandsmitglieder gesperrt! Werde niemand zum Sperrebrecher. Sperrebruch ist Streikbruch!

Hannau. Jeder hier Stellungsuchende hat sich vor Arbeitsannahme beim örtlichen Bevollmächtigten nach den bestehenden Verhältnissen zu erkundigen.

Stettin. Hier ist augenblicklich eine Lohnbewegung im Gange, und ersuchen wir, vor Annahme von Arbeit beim hiesigen Bevollmächtigten sich zu erkundigen. Wir warnen vor allen Dingen vor den Schiffeanzeigen in der Fachpresse, zumal genügend Arbeitskräfte in Stettin selbst vorhanden sind.

Stolberg, Nhb. Vor zwei Jahren ist mit der bekannten Nadel- und Druckknopf-Fabrik von W. Prym ein Tarifvertrag vereinbart worden, dessen Bestimmungen namentlich in der Lohnfrage recht verbesserungsbefähigt geworden waren. Unsere Bemühungen um Abschluß eines etwas zeitgemäheren Tarifvertrages sind von Erfolg gewesen, denn es konnte ein neuer Vertrag abgeschlossen werden, dessen hauptsächlichste Bestimmungen die folgenden sind:

Die Arbeitszeit beträgt 53 Stunden wöchentlich. Als Minimallohn wird gezahlt im ersten Gehilfenjahre 19 Mk. Er steigt nach je zwei Jahren auf 22, 25 und 27 Mk. Dieser letztere Satz gilt demnach für das sechste Gehilfenjahr als Minimallohn. Die gesetzlichen und die vom Geschäft angeordneten Feiertage werden bezahlt, sogenannte ortsübliche Feiertage werden nach Vereinbarung kompensiert. Für die beiden ersten Heberstunden werden 25 Proz. für die weiteren 33 Proz. und für eventuelle Sonntagsarbeit 50 Proz. Aufschlag bezahlt. Die bei Überstunden zu gewährenden Pausen wurden in dem üblichen Umfang festgesetzt. Der Tarif tritt am 1. Februar 1913 in Kraft und er gilt bis zum 31. Januar 1916.

Außer diesen tariflich festgesetzten Bestimmungen sind weitere Lohnverbesserungen für die einzelnen Kollegen in Aussicht gestellt worden. Gleichzeitig mit uns haben auch die Lithographen und Steindruckere ihren neuen Tarif bewilligt erhalten.

Düsseldorf. In der gut besuchten Generalversammlung vom 19. Oktober erstattete Ernst zunächst den Geschäfts- und Kassenbericht. Obwohl sonst das 3. Quartal immer das ruhigste vom Jahre war, war diesmal eine sehr rege Tätigkeit in der Zahlstelle zu verzeichnen. Es fanden statt vier Vorstandssitzungen, eine Delegiertenversammlung, eine Generalversammlung und zwei Mitgliederversammlungen. Der Durchschnittsbetrag der Versammlungen war 50 Kollegen und 8 Kolleginnen. Vorträge wurden zwei gehalten, die sehr gute Aufnahme fanden. Werkstubeversammlungen fanden aus verschiedenen Anlässen drei statt. Der Mitgliederbestand betrug am Quartalschluß 64 weibliche und 129 männliche, insgesamt 193 Mitglieder. Bis zur Generalversammlung hat sich jedoch der Mitgliederbestand bereits auf 242 erhöht. Die Einnahme der Verbandskasse betrug inklusive Bestand vom vorigen Quartal 1561,85 Mk. und die Ausgabe 1247,39 Mk. Die Einnahme der Lokalkasse betrug inklusive Bestand 1545,23 Mk., die Ausgabe 259,04 Mk., das totale Vermögen beträgt jetzt 1286,19 Mk. An die Berichte schloß sich eine kurze Debatte an. Den Kartellbericht erstattete Kollege Guch.

Unter „Geschäftliche Mitteilungen“ beantragte Matritz im Auftrag des Vorstandes eine Verschärfung in der Veröffentlichung der Restanten. Die Namen der Restanten mit über vier Resten sollen alle Quartale im „Mitteilungsblatt“ veröffentlicht, die der Restanten bis zu vier Wochen in der Generalversammlung verlesen werden. Anträge auf Gestundung müssen schriftlich eingereicht werden, sie entbinden aber nicht von der Veröffentlichung. Nach längerer lebhafter Debatte wurde der Antrag mit großer Mehrheit angenommen. Unsere Kollegen und Kolleginnen müssen bedenken, daß die amtierenden Personen genau so in Arbeit stehen wie sie selbst, sie müssen darum denen die Arbeit nach Kräften erleichtern. Unsere Zahlstelle muß nach innen und nach außen tadellos dastehen und uns allen zur Zierde gereichen. Weiter wurde berichtet über eine Werkstubeversammlung der Firma Dieck, die sich mit der Maßregelung des Vertrauensmannes beschäftigte. Nach langer Debatte erkannte auch die Generalversammlung die Entlassung einstimmig als Maßregelung an. Wir wollen es heute hiermit bewenden lassen, können aber der Firma Fr. Dieck versichern, daß auch unsere Nachsicht naturgemäß einmal eine Grenze haben wird. Zum Schluß wurde noch einiges zu dem in Aussicht stehenden gemütlichen Abend beschlossen und ersuchte der Vorsitzende die Anwesenden sojann, wie bisher auf dem Posten zu sein und hauptsächlich die Agitationskommission voll und ganz zu unterstützen.

Chemnitz. Unter mäßiger Beteiligung fand am 26. Oktober die Vierteljahresversammlung für das 3. Quartal statt. Dem vom Vorsitzenden Triemer erstatteten Geschäftsbericht ist folgendes zu entnehmen: Der Vorstand erledigte keine Geschäfte in sechs Sitzungen, davon eine mit der Tarif- und Beschwerdeforschung und eine mit sämtlichen Gewerkschaftsvorständen. Versammlungen fanden vier statt, davon zwei Mitglieder- und zwei öffentliche Versammlungen. An einer dieser Versammlungen, in der über „Volkshilfe“ referiert wurde, nahmen leider nur 21 Kollegen und eine Kollegin teil. Zur Belebung der Agitation fanden zwei Vertrauensmännerversammlungen statt, eine davon für die Buchbinderbranche. Der Mitgliederbestand war am Schluß des Quartals 214 männliche und 197 weibliche, mithin ein Verlust von 9 Mitgliedern. Den Kassenbericht erstattete Rümmler. Aus dem Bericht ist zu ersehen, daß die Verbandskasse mit 2627,72 Mk. bilanziert. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 719,45 Mk. und eine Ausgabe von 642,99 Mk. Der gegenwärtige Bestand beläuft sich auf 651,24 Mk.

Hierauf referierte Landtagsabgeordneter Genosse Heldt über: „Die neuesten reaktionären Versuche gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter und Arbeiterinnen“. In diesem Vortrag schilderte der Redner das Treiben der Scharfmacherorganisationen, die eifriger denn je am Werke sind, den Arbeiter das gesetzlich gewährleistete Vereinigungsrecht zu beschneiden. In der sich anschließenden Diskussion berichtete Kollege Wöhe über zwei Urteile, die anlässlich der Säbinder- und Annaberger Streiks gefällt worden sind, aus denen klar hervorgeht, daß die Scharfmacher in der Klassenjustiz ihren besten Bundesgenossen haben. Unter „Verständenes“ gab der Vorsitzende bekannt, daß unsere folgenden Versammlungen im neuen Vereinslokal, Restaurant „Hoffnung“, stattfinden.

Hartmannsdorf. Die Kollegen von Burgstädt, Simbach und Hartmannsdorf fanden sich am 26. Oktober recht zahlreich zu einer gemeinsamen Versammlung zusammen. Der Zweck dieser Zusammenkunft war, zu beraten, in welcher Weise der in den genannten Orten herrschenden Schmutzkonkurrenz Einhalt geboten werden kann. Besl.-Hartmannsdorf leitete die Versammlung und er konnte mit

allem Recht seiner Freude über den guten Besuch der Versammlung Ausdruck geben. Zunächst referierte Winler-Simbach über: „Frühere und moderne Kämpfe“. In leichtverständlicher Weise entlegte er sich seiner Aufgabe, wofür ihm reichlicher Beifall wurde. Hierauf sprach Bertel-Simbach über die Hauptfrage des Tages, über: „Schmutzkonkurrenz“. Solbr-g-Burgstädt schilderte die Burgstädter Verhältnisse, wobei sich ergab, daß die dortige Kollegen-schaft sehr unter der Schmutzkonkurrenz der Simbacher Unternehmer zu leiden hat. Die Simbacher Unternehmer liefern einen großen Teil ihrer Erzeugnisse nach Burgstädt und Marfersdorf, und zwar zu einem wahrhaften Spottpreis. Von Simbacher Kollegen wurde bezeugt, daß die Firma Reichel in Simbach zu außerordentlich niedrigen Preisen liefert. Diese Firma stellt z. B. in einem Normmaß 500 Stück Dreieckstafeln (also vierfache Käten), 38 Zentimeter lang, 32 Zentimeter breit und 5 Zentimeter hoch für 19 Pf. pro Stück her, die andere Firmen nicht unter 27 bis 29 Pf. liefern können. Auch sonst wurden noch manche traurigen Verhältnisse geschildert, die oft allgemeine Entrüstung hervorriefen. Von regelrechten Arbeiten scheint man da kaum noch reden zu können, sondern nur noch von fast beispiellosem Jammen und Schreien, und daß da auch keine gute Ware geliefert werden kann, ist nach alledem selbstverständlich. Ungegründet ist, wie diese Firma — bei dem bestehenden Tarifvertrag — bestehen kann. Aber allem Anschein nach scheint sie eine gute Stütze in einigen größeren Handschuhfirmen zu finden, die da eine Firma „über Wasser“ halten und so auf die Preise der übrigen drücken. Noch mehrere Kollegen äußerten sich über diese Zustände und allseitig wurde der Wunsch laut, diese abzustellen. Infolge der vorgerückten Zeit wurde die Debatte abgebrochen und eine siebenbürgische Kommission gewählt, die sich mit der Angelegenheit weiter beschäftigen soll. In diese Kommission wurden entsandt: Endmann, Dejer und Weller-Simbach, Reichel und Solbrig-Burgstädt und Schubert und Weinig-Hartmannsdorf. Außerdem stellt jede der drei Zahlstellen einen Ersatzmann. Diese Kommission soll nun Mittel und Wege aufsuchen, um der übermächtigen Schmutzkonkurrenz Einhalt zu gebieten. Hoffentlich können wir bald von befriedigenden Fortschritten berichten. Mit einem Hoch auf den Verband fand die Versammlung, die nun den Anstoß zu einem gesunden Vorwärtkommen gegeben hat, ihr Ende.

Lahr. Am 26. Oktober hielt die hiesige Zahlstelle ihre vierteljährliche Hauptversammlung ab. Aus dem Geschäftsbericht, den Kollege Schröder erstattete, war zu entnehmen, daß außer den regelmäßig wöchentlich stattfindenden Vorstandssitzungen noch drei ordentliche und eine außerordentliche Mitgliederversammlung stattfanden, die sich sämtlich eines guten Besuches erfreuten und in denen Vorträge belehrenden Inhalts gegeben wurden. Besondere Beachtung fand die Versammlung, in der Kloth-Berlin referierte. Durch die im vergangenen Quartal stattgefundene Hausagitation konnten 20 Neuaufnahmen vollzogen werden. Die Mitgliederzahl ist auf 118 männliche und 145 weibliche, zusammen 263 Mitglieder gestiegen. Der gleichfalls von Schröder gegebene Kassenbericht ergab folgendes Resultat: Verbandskasse: Einnahme 1140,10 Mk., Ausgabe 1497,14 Mk. Lokalkasse: Einnahme 185,72 Mk., Ausgabe 105,90 Mk. Kollege Schröder konnte konstatieren, daß im neuen Quartal bereits 25 Neuaufnahmen zu verzeichnen sind, wie auch der überaus starke Besuch der Herbstfeier sehr befriedigend konnte. Er zog dabei einen Vergleich zwischen Briesig und Lahr und konstatierte dabei, daß die Briesiger Verhältnisse in der Kontobuchbranche gleich der hiesigen in der Kartonnagenbranche sind. Das Aufwachen der Briesiger Kollegen-schaft sollte den Lahrern einmal zu denken geben. Kollege Weidinger erstattete hierauf den Kartellbericht. Er machte unter anderem auf den Boykott über die elsfässige Zafab- und Zigarettenuaunufaktur Straßburg-Neudorf aufmerksam.

Zum Schluß der Versammlung appellierte Schröder nochmals an die Anwesenden, an der Stärkung und Festigung der Organisation kräftig mitzuarbeiten und in der Hausagitation, die als die vorteilhafteste bezeichnet werden kann, nicht zu erlahmen. Die Erfolge werden dann sicherlich nicht ausbleiben.

Wittenberg. Unsere Versammlung vom 27. Oktober gestattete sich zu einer besonders gemächlichen, da in ihr zur Feier unseres Stiftungsfestes fast alle Mitglieder erschienen waren. Außerdem waren noch einige Kollegen aus den umliegenden Orten anwesend. Leider war von der ebenfalls eingeladenen Zahlstelle Dessau niemand erschienen. Gaußteiler Vöhrme-Wagelburg referierte über: „Das Entstehen und die Entwicklung unseres Verbandes“, wobei er bei den Erscheinungen viel Verständnis fand. Nachdem zum ferneren tätigen Zusammenarbeiten aufgefordert worden war, wurde mit einem Hoch auf

den Verband die Versammlung geschlossen und in den aus dem mitgeteilten Anlaß berechtigten gemüthlichen Teil eingetreten.

Dresden. In der vierteljährlichen Hauptversammlung vom 28. Oktober konnte mit Genugthuung berichtet werden, daß die Mitgliederzahl erstmalig die 2000 überschritten hat. Es wurden gezählt 745 männliche und 1296 weibliche Mitgl. eder, zusammen 2041. Von diesen feierten in der ersten Klasse 999; in der zweiten Klasse 334 (einschließlich 37 männliche); in der dritten Klasse 412 und in der vierten Klasse 296 Mitgl. der. Doch ganz befriedigen kann uns auch dieser Fortschritt noch immer nicht, denn weite Kreise der Kollegenschaft stehen noch abseits. Auch gilt es, den Organisationsgedanken immer mehr zu festigen und zu vertiefen; einem Zugang von 309 Mitgliedern steht immer noch ein Abgang von 192 gegenüber, von dem der größte Teil wegen Resten gestrichen werden mußte. Jeder Kollege und jede Kollegin sollte es sich darum zur Pflicht machen, ihr Teil beizutragen zur Stärkung des Verbandes. Leider nimmt ein großer Teil der Kollegenschaft es nicht so ernst mit seinen Verpflichtungen gegenüber dem Verband, das beweist die erhebliche Anzahl der Neuzugänge, insgesamt 2406; hier von entfallen allein auf die männlichen Mitglieder 1343. Die Neuzugänge sollten sich doch einmal ernstlich vor Augen halten, daß durch ihr Gebahren die Verwaltung nicht nur unnötigweise erschwert, sondern auch erheblich verteuert wird.

Mitgliederversammlungen mit Vorträgen fanden im Quartal zwei statt, ferner eine Exkursion in das Krematorium und zwei Vergnügen. Die Branchen erledigten ihre Aufgaben in 6 Versammlungen, 50 Betriebsbesprechungen, 28 Sitzungen der Kommissionen und Vertrauensleute. Der Hauptanteil davon entfällt auf die Kartonnagenbranche. Die Bewegung der Kartonnagen, welche inzwischen mit dem Abschluß eines Lohntarifs ihr vorläufiges Ende fand, machte 47 Betriebsbesprechungen, 4 Branchenversammlungen und 24 Sitzungen notwendig, außerdem fanden statt 7 Verhandlungen mit den Unternehmern.

Der Kassenbericht bilanziert mit 10 466,41 Mk. Die Kassa hatte eine Einnahme von 1859,14 Mk. und eine Ausgabe von 1211,76 Mk., ihr Bestand ist 10 364,38 Mk. Beim Arbeitsnachweisbericht wurde hervorgehoben, daß von 97 gemeldeten Stellen für Kolleginnen nur 23 besetzt werden konnten. Der große Bedarf an weiblichen Arbeitskräften sollte unsere Kolleginnen veranlassen, mehr wie bisher darauf zu achten, die Löhne hochzuhalten. Vor Arbeitsaufnahme sollten stets vorher in unserem Bureau Erkundigungen eingezogen werden. Es ist streng darauf zu sehen, daß niemand unter den üblichen Löhnen anfängt. Aus Buchdruckereien sind in letzter Zeit in dieser Beziehung mehrfach Klagen laut geworden. Kein Kollege darf in Buchdruckereien anfangen unter 25 Mk. und keine Kollegin unter 14 Mk. Unsere Bibliothek ist im Laufe des Quartals der Zentral-Arbeiterbibliothek überwiesen worden. Diese zählt jetzt schon gegen 8000 Bände. Der Ausleihbetrieb wird baldigst beginnen und rechtzeitig bekanntgegeben werden. Hoffen wir, daß auch unsere Kollegenschaft diese Quelle der Bildung und des Wissens eifrig benützt.

In der Diskussion machte Jopp längere Ausführungen über den Stand der Kartonnagenbewegung. Er betont, daß die Bewegung mit Unterzeichnung der Vereinbarungen nicht beendet sei, sondern die Hauptarbeit beginne erst. Die Verbesserungen müssen auch noch auf alle die Betriebe ausgedehnt werden, welche nicht der Fabrikanteneinigung angehören. In der Debatte wurde die eifrige Tätigkeit des Kollegen Gsch (welcher Dresden leider verlassen mußte) um das Zustandekommen der Tarifbewegung gebührend anerkannt.

Ein mit lebhafter Zustimmung aufgenommenem Vortrag des Arbeitsekretärs Wenke über: „Die Lutherlegende“ war ebenfalls von einer kurzen Debatte begleitet. Neben anderem wurde zum Schluß noch auf unseren am 12. November stattfindenden Diskussionsabend verwiesen, in dem Kollege Kahl über: „Das Geheimnis des vernunftgemäßen Denkens“ referieren wird.

Berlin. In der Versammlung der Geschäftsbuchbranche vom 29. Oktober sollte Stellung genommen werden gegen das Verhalten der Arbeitgeber im Schlichtungsausschuß. Der Versammlungsleiter gab nach Eröffnung der Versammlung folgende Erklärung zur Kenntnis: „Die Branchenleitung und Ortsverwaltung empfindet die Versammlung, den ersten Punkt: „Tarifbruch der Arbeitgeber im Schlichtungsausschuß“ nicht zu verhandeln, da am 30. Oktober über diesen Gegenstand eine Verhandlung mit der in Betracht kommenden Kommission angesetzt ist.“ Nach Protest aus der Versammlung klärte Klar die Situation auf und ersuchte, sich mit der Empfehlung der Leitung einverstanden zu erklären, worauf kein Widerspruch

mehr erfolgte. Nunmehr erstattete Klar den Tätigkeitsbericht vom 3. Quartal. Es haben stattgefunden 3 Kommissionen, 15 Werkstübchen- und 2 Delegiertenversammlungen, 1 Branchen- und 4 Bezirksversammlungen. Die Anzahl der in der Branche Beschäftigten betrug 297 Männliche und 483 Weibliche, davon organisiert 256 Männliche und 404 Weibliche. Eine Sitzung des Schlichtungsausschusses fand statt, in der die Firma Moriz u. Kummer ihr ausständiges Personal wegen Tarifbruch verurteilen ließ. Mehrere verurteilte sich ausdrücklich über den Konflikt. Dort hatten am 15. August wegen des Verhaltens des Schwierigerjohnes des Herrn Moriz 18 Arbeiter und Arbeiterinnen in den Vormittagsstunden plötzlich die Arbeit niedergelegt. Bei der nachgehenden Vermittlung lehnte die Firma die Wiedereinstellung der Ausständigen ab. Trotzdem die Organisationsleitung einen Tarifbruch zugab und diesen ihrerseits verurteilte, hatte Herr Moriz, nachdem der Schlichtungsausschuß auf Tarifbruch erkannt hatte, nichts eiligeres zu tun, als gegen das ausständige Personal Schadenersatzklage vor dem Gewerbegericht geltend zu machen. Er forderte je drei Tage Lohn. Das Gewerbegericht hat die Klage jedoch abgewiesen, denn nach der Arbeitsordnung sei gegenseitige Kündigung ausgeschlossen. Durch erhobene Widerklage wurde die Firma dagegen verurteilt, den Arbeitern den Lohn für je drei Stunden, die sie am 15. August den Arbeitern einbehalten hatte, zu zahlen. Das Urteil wurde am 3. Oktober gesprochen, aber bis heute hat die Firma den Arbeitern diesen Lohn noch nicht ausbezahlt. Die Firma Moriz u. Kummer sucht jetzt auch unter Deckadresse ihr Personal zu erzwingen, um so die organisierten Arbeiterinnen auszunutzen, um dann säkular und walt zu können, wie es ihr paßt.

Klar ließ noch das vergangene Jahr Revue passieren und stellte für diese Zeit 36 Klagen fest, die dem Schlichtungsausschuß vorlagen, davon beschäftigten sich 17 Verhandlungen mit der Firma Aschelm. Diese verhandelt es musterhaft, der Erledigung des Affordtarifes ihres Betriebes immer wieder neue Schwierigkeiten entgegenzusetzen und ihr Verhalten ist es, das unser ganzes Tarifwesen beeinflusst.

Arnstadt. Unser Bevollmächtigter in Arnstadt, Kollege Simon, hatte in einer öffentlichen Versammlung eine Neuherung des im christlichen Gutenbergsbund organisierten Buchdruckerfaktors Albrecht der Firma Buch und Töle wiedergegeben, nach der dieser selbst gesagt haben sollte, daß er „in der Druckerei von Buch und Töle in den Verbänden aufgeräumt habe und daß ihm dies in der Buchbinderei auch noch gelingen werde“. Ob der Wiedergabe dieser Neuherung fühlte sich der Herr Faktor in seiner persönlichen Ehre tief gekränkt, weshalb er die Reparatur derselben durch eine Klage wegen Verleumdung vornehmen lassen wollte. Damit ist er jedoch abgeblüht, denn das Amtsgericht in Arnstadt attestierte ihm, daß eine solche Behauptung, „der Privatkläger versuche zielbewußt Verbändler, d. h. sozialdemokratische Gewerkschaftsmitglieder, aus der Fabrik zu entfernen, keine Ehrenkränkung im Sinne der §§ 185 und 186 des Bürgerlichen Gesetzbuches darstelle“. Aus diesem Grunde erfolgte auch die kostenpflichtige Abweisung der Klage.

Ein solcher Ausgang war ganz selbstverständlich und entspricht auch durchaus unseren Erwartungen. Ganz eigenartig aber ist die nähere Begründung zu diesem Urteil, in dem nämlich gesagt wird, daß „es sich mit jedermanns Ehre verträgt, wenn er zugunsten seiner politischen Parteigenossen politisch Andersgesinnte auf gesetzmäßigem Wege aus den ihm unterstellten Posten entferne. Etwas anderes aber besage der angeblich beleidigende Vorwurf nicht.“ Diese Begründung mag dem christlichen Buchdruckerfaktor als schmerzmittelndes Pflasterchen auf seine abgewiesene Klage erscheinen, sie entspricht aber in keiner Weise dem Volksempfinden, das eine solche Handlung schlechtweg als Terrorismus ansieht, als einen vollständig ungesetzlichen Gewissenszwang. Möglich, daß dem Amtsgericht in Arnstadt nichts bekannt geworden ist von dem seit Jahren schon durch die deutschen Lande dröhnenden Terrorismusgeschrei, das seine Ursache angeblich darin haben soll, daß auf politisch Andersgesinnte ein gesetzlich nicht zulässiger Druck ausgeübt werde. Allerdings soll es sich da immer um Sozialdemokraten oder freie Gewerkschafter handeln, während der Missetäter in diesem Falle ein Christenführer war. Das ist bekanntlich ein wesentlicher Unterschied, der in der Regel nicht ohne Einfluß auf gerichtliche Entscheide bleibt. Auch im vorliegenden Falle hätte dem Kläger nachdrücklich zu Gemüte geführt werden müssen, daß sein Verhalten kein einwandfreies war und daß den von seinen Maßregeln Betroffenen der ganze Schutz des Gesetzes zur Seite stehe. Doch wenn diese freien Gewerkschafter sind . . .

Rundschau.

„Volkfürjorge“. Die Zeitung der „Volkfürjorge“ ersucht uns, bekanntzugeben, daß ihr mehrfach glaubwürdig mitgeteilt wurde, daß einige Versicherungsagenten bei ihren Werbungen den Leuten vorzuschwindeln suchten, die von ihnen bewirkten Aufnahmen erfolgten im Auftrag der „Volkfürjorge“ und würden dieser später zugeführt. Die Zeitung der „Volkfürjorge“ fordert auf, falls irgendwo derartige betrügerische Manipulationen weiter verjucht werden, die Namen und Adressen der Betrüger festzustellen und ihr mitzuteilen, damit die Betreffenden zur Verantwortung gezogen werden können. Es hat niemand das Recht, Aufnahmen für die „Volkfürjorge“ zu machen, so lange sie noch nicht konfessioniert ist. Sobald die Konfession erfolgt ist, wird dies öffentlich in allen Arbeiterblättern bekanntgegeben werden und dürfen Aufnahmen für die „Volkfürjorge“ dann auch nur solche Personen machen, die sich im Besitze des mit der Firma der „Volkfürjorge“ versehenen Aufnahmematerials befinden.

Zum Rückgang des Fleischkonsums bringt das „Berl. Tageblatt“ folgende Notiz, die uns nachweist, daß es umfangreichere Maßnahmen zur Binderung der Fleischverzehrung bedarf, als wie sie von der Regierung durch ihre kürzliche Rundgebung angekündigt wurden. Denn die folgenden Ergebnisse der Reichsstatistik über die Schlachtvieh- und Fleischbeschau im 2. Vierteljahr 1912 (April bis Juni) bestätigen die schon früher gemachte Feststellung, daß die vorhandenen Fleischvorräte für die Volksernährung nicht mehr ausreichen, ja daß der Wapanteil, der zur Verfügung steht, weiter zurückgegangen ist. Aus den Details geht aber noch weiter hervor — und das ist ausschlaggebend für die Maßnahmen der Zukunft, wenn nicht eine schwere dauernde Schädigung der Landwirtschaft wie der Konsumenten eintreten soll —, daß die Heberanstrengungen, die die deutsche Viehproduktion anscheinend macht, um den Anforderungen des Konsums zu genügen, den Nachwuchs des Viehbestandes so zu lichten beginnen, daß wir, auf den einheimischen Markt allein angewiesen, offenbar noch viel schlimmere Zeiten entgegengehen, als wir sie augenblicklich erleben. Gegen das 2. Quartal 1911 ist die deutsche Reichsbevölkerung um zirka 800 000 Köpfe gemachsen. Dagegen ist die Zahl der Schlachttiere, an denen in diesem Jahre die Beschau vorgenommen wurde, teils nur gering gemachsen, teils sogar zurückgegangen. Wo ein Zuwachs zu verzeichnen ist, da geschah es auf Kosten des Gewichts und der Qualität. Die besseren Rindvieharten, Bullen und Käsen, sind um 2169 Stück zurückgegangen. Dazu behaupten die Schlächter, daß auch im Einzelgewicht ein sehr hoher Rückgang in Frage komme, so daß der Rückgang am gesamten Fleischgewicht ein sehr bedeutender ist — bei 800 000 Kopf Bevölkerung mehr! Dafür wurden mehr geschlachtet 2293 Kühe, 14 203 Jungzinnen und 2681 Mäuler.

Während also die eigentlich schlachtreifen Tiere so gut wie vergriffen sind, werden die den Nachwuchs sichernden Vieharten, die Kühe, die Ziegen (über drei Monate alt) und die Mäuler (unter drei Monate alt) in verstärktem Maße herangezogen. Das besagt, daß man auf Kosten der so notwendigen Nachzucht bereits die allerletzten Reserven aus den Ställen herbeiholt. Es erscheint den Landwirten verlockend, bei den gegenwärtigen hohen Fleischpreisen alles marktfähige Vieh in den Konsum zu bringen. Die Schlachtung von Schafen ging um 16 361 Stück zurück. Weiter zwang die Not — ein Zeichen der Zeit — dazu, eine ganz außergewöhnliche Abschichtung von Ziegen vorzunehmen: 204 235 gegen nur 176 786 im Vorjahre. Da das auf Kosten der Milchmahlung des Volkes geht, ist diese Schlachtungszunahme alles andere als erfreulich. Noch niemals sind in Deutschland soviel Ziegen geschlachtet worden als in diesem Jahre. Das selbe gilt auch für die Hunde schlachtungen, soweit sie der Beschau unterzogen wurden; noch nie sind soviel Hunde geschlachtet worden, 1837 gegen 1143 im Vorjahre. In früheren Jahren hat die Schweinezucht die entstandenen Lücken auszufüllen gesucht. Was aber schon aus den Viehzählungen hervorgeht, daß nämlich auch dies als unerschöpflich geltende Reservoir anfängt, spärlicher herzugeben, das wird durch die Schlachtungen des 2. Quartals ebenfalls bestätigt. 1912 wurden gegen das Vorjahr nur 177 495 Stück mehr geschlachtet, während 1911 das Mehr gegen das Vorjahr im gleichen Zeitraum 476 249 betrug.

Wie schlecht gerade mit Schweinefleisch, diesem Hauptkonsumfleisch der deutschen Nation, unser Volk versorgt ist gegen früher, lehrt ein Vergleich mit 1911 auf Grund der gleichfalls schon erschienenen in t e r

nationalen Fleischpreisstatistik. Danach hat allein in Deutschland das Schweinefleisch eine unerbärmliche Verteuerung erfahren. In Berlin betrug sie 33,3 M., in Kopenhagen nur 6,3 M. und in London sogar nur 1,1 M. Von April bis Juni 1912 bezeichnet London sogar eine Verbilligung um 4,2 M. Eine Verbilligung gegen 1911 finden wir aber in Wien um 3,9 M., in Budapest um 10,3 M., in Paris um 3,1 M. Diese Tatsachen sind eine weitere Einschränkung der offiziellen Behauptung von der „bekanntlich internationalen Fleischverteuerung“.

Abrechnung

vom Streik in der Holzrahmenfabrik Matensen, Berlin.

Einnahmen:

Aus der Zentralkasse	398,10 M.
„ „ Lokalkasse	184,50 „
Gesamt	582,60 M.

Ausgaben:

	Zentralkasse M.	Lokalkasse M.
An 1 verheirateten Arbeiter . . .	19,25	5,50
„ 1 ledigen Arbeiter	17,90	6,50
„ 25 Arbeiterinnen	327,25	160,50
„ 4 Kinder	10,90	—
Für Inzerat	2,70	—
Sitzungsgelder der Funktionäre . .	20,10	—
Entschädigung der Streikleitung . .	—	12,—
Gesamt	398,10	184,50

Berlin, den 19. Oktober 1912.

Franz Bytomski, Kassierer.

Revisoren:

Paul Zahn. Edmund Boigt.

Literarisches.

„Die Hygiene“. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands empfiehlt den einzelnen Gewerkschaftszahlstellen das Abonnement der Zeitschrift „Die Hygiene“, die unter der Redaktion des bekannten Forschers auf dem Gebiete der Gewerbekrankheiten, Herrn Prof. Dr. Th. Sommerfeld, erscheint. „Die Hygiene“ nennt sich das Zentralblatt für alle Bestrebungen der Volkswohlfahrt, Gesundheitspflege und Technik. Die Gewerkschaften erhalten die Zeitschrift zu dem Vorzugspreis von 4 M. pro Jahr. Die Redaktion der „Hygiene“ hat sich auch bereit erklärt, gewerbehygienische Missstände in einzelnen Betrieben oder Berufsarten auf Wunsch in der „Hygiene“ wissenschaftlich zu verarbeiten und es dürfte nicht ausgeschlossen sein, daß auch wir von diesem Entgegenkommen Gebrauch machen werden, um einmal die Ursachen des außerordentlich niedrigen Durchschnittsalters unserer Berufsgenossen wissenschaftlich zu ergründen. Jedenfalls ist das Abonnement auf diese Zeitschrift zu empfehlen und wende man sich deswegen — unter Einbindung obigen Betrages — direkt an die Generalkommission, Berlin S.O. 16, Engelshufer 15 IV.

Protokoll des sozialdemokratischen Parteitagess Chemnitz 1912. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin S.W. 68. Preis 2,50 M., gebunden 3,50 M. Vereinsausgabe 1,25 M., gebunden 1,75 M.

Die Verhandlungen des Chemnitzer Parteitagess sind nicht nur für jeden Sozialdemokraten, sondern für jeden Politiker überhaupt von größtem Interesse. Von den mannigfachen Verhandlungsgegenständen erwähnen wir: Bericht des Parteivorstandes. — Die Lebensmittelsteuer. — Organisationsstatut. — Reichstagswahlen. — Stichwahlparole. — Bericht der Reichstagsfraktion. — Werftarbeiterstreik. — Imperialismus. — Raiffeisen. — Internationaler Kongress. — Ausschlußverfahren gegen Sildebrand.

Das Protokoll ist durch alle Buchhandlungen, Expeditionen und Kolporteurs zu beziehen.

Der Arbeiter-Notiz-Kalender für das Jahr 1913 ist jedoch im Verlage der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin S.W. 68, erschienen, und zwar in etwas größerem Format wie bisher. Neben dem üblichen Kalender, Adressen usw. Material bringt der Kalender wichtige politische und gewerkschaftliche Informationen. So ist das Ergebnis der Reichstagswahlen nach verschiedenen Gesichtspunkten behandelt. Außerdem hat die Gewerkschaftsbewegung in einer Anzahl statistischer Betrachtungen Berücksichtigung gefunden. Auch die wichtige Bildungsfrage kommt in einem Artikel: „Arbeiterbildung und Bildungsarbeit“ aus der bezuhen Feder des Genossen Heinrich Schulz zu ihrem Rechte. Ein sehr instruktiver Artikel des Genossen Emil Eichhorn beschäftigt sich mit der Reichsberufung.

Der Kalender wird wieder ein treuer Ratgeber jedes in der Partei oder Gewerkschaft tätigen Genossen sein. Der Preis beträgt 50 Pf. Alle Buchhändler, Expeditoren und Kolporteurs halten den Kalender vorrätig.

„In Freien Stunden.“ Eine Wochenchrift. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Jede Woche ein Heft zum Preise von 10 Pf. Bestellungen durch alle Postanstalten, Expeditionen und Buchhandlungen. Probenummern kostenlos vom Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin S.W. 68.

„Kommunale Praxis.“ Wochenchrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin S.W. 68. Abonnement pro Quartal 3 M., Einzelnummer 30 Pf. Bestellungen durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Expeditionen.

ANZEIGEN

Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse d. Buchbinder etc. (Eingeschr. Hülfsk.) Sitz Leipzig.

Hauptversammlung

mit der Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht,
2. Verschiedenes

findet statt in

Hamburg, Sonnabend, den 16. November,

abends 9 Uhr,

in Wagts Clubfälen, Schellingstr. 17.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Dresden.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 4. November der Kollege

Adolf Schulze

im Alter von 39 Jahren an Lungenleiden verstorben ist.

Ehre seinem Andenken.

Der Vorstand.

Zahlstelle Berlin.

Nachruf!

Wir setzen hi-rdurch die Mitglieder in Kenntnis, daß am 31. Okt. unsere Kollegin

frida Gerlach

pflüchlich gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken.

Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Berlin.
Montag, den 18. November 1912, abends 8 Uhr,
im Saal 4 des Gewerkschaftshauses, Engelshufer 15

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht vom III. Quartal 1912.
2. Ersatzwahlen.
3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Wir ersuchen pünktlich und vollzählig zu erscheinen.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Ortsverwaltung.

Unserem lieben Kollegen

Carl Erdmann

und seiner lieben Braut die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.

Die org. Kolleginnen und Kollegen der Firma **Sam. Lucas, Elberfeld.**

Am 12. November blüht Kollege

F. W. Schmidt

auf eine 25-jährige Tätigkeit bei der Oberrheinischen Versicherungsgesellschaft in Mannheim als Vorsteher der Buchbinder-Abteilung zurück.

Wir wollen diese Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, ohne auch an dieser Stelle unserem alten Mitarbeiter unsere besten Glückwünsche auszusprechen. **Gan 13. Mannheim-Ludwigshafen.**

Gesucht! Buchb. Wännänen a. Finmland v. Frelander, Berlin, Naunynstr. 80, S. Hofstr.

Zur Vermählung unseres lieben Kollegen **Wilhelm Frech** mit Fräulein **Mara Duetz** die herzlichsten Glückwünsche.
Zahlstelle Köln.

Unserem lieben Kollegen **Willy Mitschke** und seiner wertigen Braut zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Die Koll. d. Zahlst. **Ebersbach-Neugersdorf.**

Wer den Aufenthalt des Buchbinders **Johann Wolfgang Gulden** aus Nürnberg kennt, wird erucht, die Adresse sofort mitzuteilen d. **Zahlstelle Konstanz.**

Den Koll. zur Kenntnis, daß ich mich als selbständig gemacht habe. Ich bitte, sich bei Bedarf an mich zu wenden. Tadellose Ausführung. Billige Preise. **Karl Kern, Neutöln, Sanderstr. 19.**

:: Berlin :: Werkstatt 88 qm, sofort oder später, für **Karlstr. 37** 520 M. zu vermieten.

Krawattenprägerin

für Golddruck (Alford) dauernde Beschäftigung. **Fahr, Berlin, Alte Jakobstr. 9.**

Tüchtige Linierer

auf Förste & Tromm für Extraanfertigungen sucht per sofort **Carl Cauler, Geschäftsbücherfabrik, Stuttgart.**

Ein schöner **heller Laden** mit Ladenstube und Wohnung an einer verkehrsreichen Straße in einer größeren Stadt Sachsens, wo ein Buchbinderbedürfnis ist, am 1. Oktober 1913, sehr preiswert zu vermieten. Offerten unt. **G. W. 497** an die Exp. d. Bl.



Lieferung ganzer Einrichtungen für Buchbinderladen u. -Werkstatt **O. Th. Winckler, Leipzig**